

## Editorial von Dietrich Becker-Hinrichs

Liebe LeserInnen,

Die Arbeit für den Frieden ist oft wenig medienwirksam. Schlagzeilenträchtig ist ein Ereignis, wenn Blut fließt. Für die Medien gilt: „Good news, no news!“. Dem wollen wir mit diesem Rundbrief etwas entgegensetzen. Wir wollen **gute Nachrichten über den Frieden** weitersagen: Zwei aktuelle Nachrichten erreichten mich per Mail:

„Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt haben die Amerikaner ihre **Atomwaffen aus Ramstein abgezogen**. Der US-Stützpunkt Ramstein galt jahrelang als Atomwaffen-Lager mitten in Deutschland – jetzt befinden sich dort nach Erkenntnissen von Experten keine Nuklearsprengköpfe mehr. Eine Kontrollliste belegt, dass sie außer Landes gebracht wurden.“ Damit gibt es jetzt in Deutschland nur noch die Atomwaffen in Büchel. Eine neue Kampagne „unsere Zukunft atomwaffenfrei“ setzt sich dafür ein, dass auch diese noch abgezogen werden.

Eine zweite gute Nachricht: „*Die Bundeswehr darf den ehemaligen sowjetischen Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide im Norden Brandenburgs nicht in Betrieb nehmen. Das Verwaltungsgericht Potsdam gab am Dienstag 31.7. allen drei Musterklagen gegen das so genannte **Bombodrom bei Wittstock (Ostprignitz-Ruppin)** statt. Mit dem Urteil der 3. Kammer wird die Verwaltungsentscheidung zur sofortigen Inbetriebnahme des Platzes aufgehoben.*“ Nun bleibt zu hoffen, dass dieses Urteil auch rechtskräftig wird und nicht noch weitere Gerichtsinstanzen folgen.

Eine gute Nachricht ist auch, dass der letzte **Studientag des FFE** am 23. Juni in Karlsruhe gut besucht war. Über 30 TeilnehmerInnen folgten den Ausführungen der beiden Referenten Prof. Elmar Altvater und Clemens Ronnefeldt. Ein Bericht über den Studientag findet sich in diesem Rundbrief.

Im Zusammenhang mit dem Studientag wurde auch ein **Beschluss der württembergischen Landessynode** vom 13. März dieses Jahres bekannt. Darin setzt sich die württembergische Synode für eine europäische Agentur für Friedensförderung ein. Außerdem sollten Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung „gemäß der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und

Prävention finanziell nicht schlechter gestellt sein als militärische Sicherheits- und Verteidigungsaktivitäten.“

Ein aufregender Vorschlag. Würde die Politik darauf eingehen, würden entweder Milliarden für die zivile Konfliktbearbeitung fließen oder die Bundeswehr würde zu einer bescheidenen Polizeitruppe zurückgeschrumpft. Beides wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Mit einer Eingabe möchten wir erreichen, dass sich die **Badische Landessynode** dieser Erklärung anschließt.

Beim Studientag in Karlsruhe wurde auch die Frage gestellt, inwiefern die Militärseelsorge auf den Fall Pfaff reagiert hat und in ihrer seelsorgerlichen Arbeit mit Soldaten darauf eingeht. Wir haben die Anregung aufgegriffen und einen Brief an den Militärbischof formuliert.

Zu den guten Friedensnachrichten zähle ich auch ein neues Buch, das soeben erschienen ist. In einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie, die von der Stiftung Weltethos und der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung unterstützt wird, zeigt der Autor Markus Weingardt von der FEST das **Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten** auf. Er belegt anhand von 40 historischen Fallstudien die friedensfördernde Arbeit von Religionsgemeinschaften in den letzten Jahrzehnten.

Der **Studientag des FFE** im nächsten Jahr wird genau dieser Frage nachgehen. Er findet am **Samstag, 12. April 2008** in Karlsruhe statt. Bitte heute schon vormerken!

Außerdem finden sie weitere Informationen zu aktuellen Aktionen und Aufrufen, an denen sich Forum Friedensethik beteiligt.

Verbreiten wir also good news, sagen wir weiter, dass der Frieden eine Chance hat. Eigentlich gehört das doch mit zu den Kernaufgaben von Kirche: Die gute Nachricht weiterzusagen, dass Gott den Frieden will und dass er uns zu Friedensstiftern berufen hat!

In diesem Sinne

Ihr Dietrich Becker-Hinrichs

## Inhalt

Editorial von <i>Dietrich Becker-Hinrichs</i> .....	1
Inhalt .....	2
„Imperium Americanum ⇒ Pax Americana – die Lösung für das 21. Jahrhundert?“ .....	3
Bericht für die epd von <i>Wilhelm Wille</i> .....	3
Entwicklungen des amerikanischen Globalimperiums von <i>Prof. Dr. Elmar Altvater</i> .....	4
Herausforderungen aktueller Friedenspolitik – unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Nahen und Mittleren Osten von <i>Clemens Ronnefeldt</i> .....	4
Friedensvorschläge von <i>Clemens Ronnefeldt</i> .....	10
Mitgliederversammlung .....	11
Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung .....	12
Brief an die Präsidentin der Landessynode .....	12
Eingabe an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden .....	12
Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung .....	13
Das „Forum FriedensEthik in der evangelischen Landeskirche in Baden“ von <i>Wilhelm Wille</i> .....	15
Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Sachen Major Pfaff.....	17
Appell aus Baden – Was jetzt dringlich ist .....	18
Stellungnahme Leitungskreis FFE zum „Appell aus Baden“ .....	18
EKD-Handreichung: „Klarheit und gute Nachbarschaft“ .....	19
Afghanistan.....	20
So werden Gegner von morgen gezüchtet .....	20
Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze! .....	21
Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport .....	22
Israel/Palästina.....	23
Kirchen gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten.....	23
Ich war auf all die Schrecken, die ich sah, nicht vorbereitet. ....	25
Radikaler Friedensaufruf ist evangeliumsgemäß von <i>Reinhard Höppner</i> .....	31
Impressum .....	31
Beitrittsformular .....	32

## „Imperium Americanum ⇒ Pax Americana – die Lösung für das 21. Jahrhundert?“

Studententag und Mitgliederversammlung des Forum Friedensethik in der badischen Landeskirche

### Bericht für die epd von Wilhelm Wille

Die Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit agierende Interventionstruppe und der Aufbau europäischer Streitkräfte wird hauptsächlich mit humanitären Erfordernissen begründet. Angeblich müssen die USA und Europa immer häufiger in zerfallenden Staaten eingreifen, um Gruppen von Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen sowie Völkermord zu schützen und den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Es ist angezeigt, diese humanitäre Semantik kritisch zu hinterfragen. Krieg wird wieder zu einem Instrument von Interessenpolitik. Diese Wahrnehmung weiter zu klären, darum ging es beim diesjährigen Studententag des Forum Friedensethik in der badischen Landeskirche am Samstag, dem 23. Juni 2007, in Karlsruhe.

In einem ersten Referat äußerte sich Prof. Dr. Elmar Altvater, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin, zum Thema „Entwicklungen des amerikanischen Globalimperiums.“ Grundlegend zum Verständnis der gegenwärtigen Lage sind für Altvater zwei Tatsachen. Seit Beginn der 70er Jahre müssen die USA in zunehmendem Maße Öl importieren. Gleichzeitig weist die amerikanische Handelsbilanz ein immer größer werdendes Defizit auf. Amerika ist auf ständige Kapitalimporte angewiesen, um Rechnungen für importierte Waren und Dienstleistungen bezahlen zu können. Beide Probleme verschränken sich. Öl-Rechnungen werden in US-\$ fakturiert. Sollte sich etwas daran ändern – Saddam Hussein war dazu übergegangen Ölrechnungen in Euro auszustellen, der Iran droht damit – würde das zu weiteren erheblichen Verwerfungen in der amerikanischen Wirtschaft führen.

Nach dem Umsturz im Iran (1979) hatte Präsident Carter erklärt, jeder Angriff auf das Öl am persischen Golf gelte als Angriff auf die USA. Diese sogenannte Carter Doktrin ist Leitlinie amerikanischer Politik geworden. Dabei kam es, besonders nach dem Fall der Sowjetunion, neben Maßnahmen politischen und wirtschaftlichen Druckes auch immer häufiger zu militärische Interventionen. Hier liegen die eigentlichen Gründe für den Angriff auf den Irak. Auch Afghanistan ist letztlich besetzt worden, weil Pipelines von Turkmenistan zu Häfen am indischen Ozean durch dieses Land gehen sollen. Ein von amerikanischen Interessen unabhängig agierender Iran passt nicht in dieses geopolitische Konzept.

Da die Vorräte an fossilen Brennstoffen begrenzt sind, muss es zu gefährlichen Konfrontationen mit China und Indien, deren Wirtschaft und mit ihr der Energiehunger wächst, sowie einem wieder erstarkenden Russland kommen. Zu vermeiden sind diese nur, wenn wir entschlossen umsteuern: weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien. Allerdings ist dabei mehr verlangt als der Ersatz der einen Energiequelle durch die andere. Weitreichende Änderung des Lebensstils der westlichen Gesellschaften, einer mehr dezentralen Wirtschaftsweise und eine entsprechende gesellschaftliche Organisation sind hier erforderlich.

Altvater bedauerte, dass Europa dabei ist, den amerikanischen Weg zu imitieren. Er verwies auf die Tendenzen zur Militarisierung der Außenpolitik im EU-Bereich. Die Zivilgesellschaft muss hier mit Nachdruck auf eine Umkehr drängen.

Im zweiten Referat sprach Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (Freising), zum Thema „Militärstrategische Entwicklungen in Bezug auf den Iran und den Israel-Palästina-Libanon-Krieg“. Er konkretisierte im Blick auf den Nahen Osten, wie die dortigen mit einander verknüpften Konflikte durch westliche Interessenpolitik verschärft werden. Ronnefeldt erinnerte daran, dass die USA noch 2003 ein über den Schweizer Botschafter in Teheran vermitteltes iranisches Angebot, alle zwischen den USA und dem Iran kontroversen Fragen lösungsorientiert zu verhandeln, brüsk zurückgewiesen haben.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist auch hier gefragt, um die europäischen Regierungen dazu zu bringen, sich für eine gerechte Lösung der Grundfragen des Nahen Osten einzusetzen. Zu fordern ist ein Ende der israelischen Besatzung Palästinas, ein gerechter Friede zwischen Israel und den Palästinensern. Zu fordern wäre auch ein Ende der Zweideutigkeiten. Der Iran ist seit den 50er Jahren auf vielfältige Weise Opfer amerikanischer Politik gewesen und fühlt sich zu Recht von den USA und der überlegenen israelischen Militärmacht bedroht. Notwendig wären Sicherheitsgarantien der USA und Israels für den Iran und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten. Bei den Verhandlungen darüber könnte mit Nachdruck auch eine Anerkennung des Staates Israels und ein Ende der hetzerischen Rhetorik des iranischen Präsidenten verlangt werden. Ronne-

feldt beschwor die Versammlung, angesichts eines immer noch drohenden amerikanischen Angriffs auf den Iran an alle Bundestagsabgeordneten heranzutreten und von ihnen eine klare Absage an einen weiteren verheerenden Krieg zu verlangen.

In der Diskussion äußerten die Teilnehmer ihre Sorge, dass sich die Kirchenleitungen wieder mehr dem Trend zur Akzeptanz des Krieges als eines Mittels westlicher Interessenpolitik anpassen. Gefordert wurde, die anstehende Verlängerung des Afghanistan – Mandats der Bundeswehr als Gelegenheit nutzen, die Kirchen an den Grundkonsens zu erinnern, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll, auf jeden Fall kein Krieg zur

Sicherung westlicher Vormachtstellung und Lebensstils.

Die Mitgliederversammlung des Forum Friedensethik beschloss eine Eingabe an die badische Landessynode, sich eine Entschließung der württembergischen Landessynode vom 16. März 2007 zu eigen zu machen. In dieser wird gefordert, „bei der EU eine europäische Agentur zur Friedensförderung einzurichten.“ Außerdem sollten Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung „gemäß der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und Prävention finanziell nicht schlechter gestellt sein als militärische Sicherheits- und Verteidigungsaktivitäten.“

### **Entwicklungen des amerikanischen Globalimperiums** von Prof. Dr. Elmar Altvater

Prof. Dr. Elmar Altvater lehrt am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Er hielt sein Referat frei, wollte aber einen Artikel zur Verfügung stellen, der den Inhalt dieses Referates widerspiegelt. So wie dieser Artikel dem FF vorliegt, werden wir ihn im Rundbrief veröffentlichen.

### **Herausforderungen aktueller Friedenspolitik – unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Nahen und Mittleren Osten** von Clemens Ronnefeldt

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

#### **Von der US-Dominanz zur Multipolarität**

„Weltkrieg um Wohlstand“ – so lautete der Titel des Magazins „Der Spiegel“ am 11.9.2006. Ergänzt wurde die Ausgabe durch ein „Spiegel Special“-Heft mit der Überschrift „Kampf um Rohstoffe. Die knappen Schätze der Erde“ (5/2006). Beide Titel beschreiben ebenso reißerisch wie weithin zutreffend die derzeitigen globalen internationalen Beziehungen.

Während Afrika immer mehr in die Rolle des Rohstofflieferanten für die Industrienationen gedrängt wird, konnte Südamerika sich aus der US-Dominanz der letzten Jahrzehnte erheblich befreien. Von elf lateinamerikanischen Staaten sind nur noch Paraguay und Kolumbien von rechtsgerichteten Machthabern regiert, alle anderen Länder haben inzwischen linke oder links-liberale Regierungen. Besonders herausragen Venezuela, das den Sozialismus wieder einführen möchte und Bolivien, das erste Verstaatlichungen in Angriff genommen hat.

Die größte Dynamik in den internationalen Beziehungen geht derzeit von Asien aus, wobei China noch einmal eine Sonderrolle spielt und zur neuen Supermacht geworden ist, wie ein Blick auf nüchterne Statistiken belegt.

Im Jahre 2005 zählte China mehr als 1,3 Milliarden EinwohnerInnen, die ein Brutto-Inlandsprodukt von 9,4 Billionen US-Dollar erwirtschafteten. Damit lag das Reich der Mitte wirtschaftlich nicht mehr weit hinter Europa (11,8 Billionen bei 397 Mio. Einw.) und

den USA (12,3 Billionen bei 297 Mio. Einw.). Die weltweit agierende „Goldman-Sachs“-Bank geht davon aus, dass im Jahre 2050 die Wirtschaftsleistung Chinas – gemessen am Brutto-Inlandsprodukt – etwa ein Drittel größer sein wird als die der USA und mehr als doppelt so hoch wie die der EU. Mit Indien wird es 2050 eine weitere Supermacht geben, die Europa hinter sich gelassen haben und sich wirtschaftlich fast in Augenhöhe mit den USA bewegen wird. Indien wird dann auch China als bevölkerungsreichstes Land der Erde übertroffen haben.

Schon 2009 wird China die Rolle des Exportweltmeisters übernehmen und damit Deutschland ablösen. Ermöglicht wird dieser beispiellose Aufstieg durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Natur sowie eine stetig wachsende Zahl von – überwiegend schlecht bezahlten – Arbeitskräften in Industrie und Dienstleistung. Mit 412 Millionen Arbeitsplätzen in Industrie und Dienstleistung gab es im Jahre 2005 in China etwa genauso viele wie in Nordamerika, Westeuropa und Japan zusammen – nämlich 416 Millionen

Fast alle Wirtschaftsdaten – mit Ausnahme der Rüstungsausgaben – sprechen dafür, dass die jahrelange weltweite US-Dominanz beendet ist und eine neue Phase einer multipolaren Weltordnung begonnen hat. Im Jahre 2006 erreichte der US-Militärhaushalt annähernd die Summe der Militärhaushalte aller übrigen Länder der Erde.

### **Besondere Krisenregion: Der Nahe und Mittlere Osten**

Vor den oben beschriebenen geopolitischen Hintergründen bekommt die rohstoffreiche Region des Mittleren Osten, wo auf engem Raum Zweidrittel der Welterdölreserven lagern, eine besondere Bedeutung. Wer diese Region beherrscht, sichert damit nicht nur die Wirtschaft des eigenen Landes, sondern kontrolliert gleichzeitig, in welchem Maß sich globale Konkurrenten wirtschaftlich entwickeln – oder bei Drosselung der Öl- und Gaszuteilung blockiert werden.

Seit dem Frühjahr 2005 hat sich durch eine Reihe von Faktoren die Situation im Nahen und Mittleren Osten dramatisch verschärft.

Die Kriege in Afghanistan und besonders im Irak stellen für Iran durch die Umzingelung mit US-Truppen ein erhebliches Risikopotenzial für das Überleben der Regierung in Teheran dar.

Der Streit um das iranische Atomprogramm geht nach der Verhängung von UN-Sanktionen in eine neue Eskalationsstufe.

Durch die US-Invasion 2003 im Irak wurde die Position Irans in der Region erheblich gestärkt, da inzwischen rund 60 Prozent Schiiten im Irak nicht nur die Regierungsmehrheit errungen haben, sondern auch der gesamten Süden Iraks weit gehend von Iran aus kontrolliert wird.

Durch die schweren Kämpfe im Süden Afghanistans, wo die Taliban wiedererstarkt sind, werden US-Truppen noch auf längere Zeit gebunden bleiben und stehen nicht für einen neuen Kriegsschauplatz im Iran zur Verfügung. Den US-Vorwurf, im gefährlichen Süden Afghanistans nicht präsent zu sein, versucht die Regierung in Berlin mit der (geplanten) Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen zu begegnen – was für die Bundeswehr eine weitere Verwicklung in Kriegshandlungen bedeutet. Sollte es zu einem US-Angriff auf den benachbarten Iran kommen, würde dies auch die deutschen Tornados tangieren.

Trotz Abzugs der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen 2005 hat sich die Situation in Israel und Palästina u.a. wegen des fortgesetzten Siedlungs-, Mauer- und Trennungsaunbaus im Westjordanland und der Perspektivlosigkeit für die palästinensische Seite weiter verschärft, nicht zuletzt durch die jüngsten Militäraktionen im Gazastreifen. Durch den Wahlsieg der Hamas und den Eintritt Avidgor Liebermanns als „Minister für strategische Bedrohungen“ in die israelische Regierung wird eine dauerhafter Nahost-Lösung, wie sie etwa in Taba 2001 oder in der Genfer Friedensinitiative vom Dezember 2003 entworfen wurde, kurz- oder mittelfristig kaum realisierbar. Liebermann, der

dem palästinensischen Volk die Existenzberechtigung abspricht, einen jüdenreinen Staat Israel propagiert und für die Bombardierung Irans plädiert, könnte noch zur strategischen Bedrohung für Israel selbst werden.

Nach der Ermordung des libanesischen Premiers Rafik Hariri im Frühjahr 2005 hat der deutsche UN-Sonderermittler Detlev Mehlis in seinem Bericht an den UNO-Sicherheitsrat engste Verwandte des syrischen Regierungschefs Assad als Drahtzieher hinter dem Attentat stark belastet. Die Ermordung des libanesischen Ministers Pierre Gemayel Ende November 2006, der zum antisyrischen Lager zählte, wurde ebenfalls der Regierung in Syrien angelastet und hat den Libanon an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht.

### **Rückblick auf den Israel-Libanon-Krieg**

Der Libanonkrieg im Sommer 2006 wurde, wie der US-Journalist Seymour Hersh recherchierte, von den Regierungen der USA und Israels als eine Art Testlauf für einen Krieg gegen Iran betrachtet. US-Außenministerin Condoleezza Rice lehnte einen Waffenstillstand zu Beginn der Bombardierungen mit der Begründung ab, es handele sich bei diesem Krieg um „Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens“.

Die Zerstörung der von iranischen Ingenieuren mitentworfenen Tunnelanlagen der Hisbollah im Libanon wurden inzwischen ausgewertet, um daraus Rückschlüsse für die Bombardierung der Bunkeranlagen im Iran zu ziehen. Iran kann nicht angegriffen werden, ohne das Risiko für Israel durch Hisbollah-Raketen zuvor auszuschalten.

Allerdings ist der Libanon-Krieg völlig anders ausgegangen, als von Israel und den USA geplant, was den verantwortlichen israelischen Oberbefehlshaber Dan Haluz inzwischen den Posten gekostet hat.

Der Einsatz von israelischen Bodentruppen war nicht vorgesehen – und weil diese im Falle Iran von US-Seite nicht zur Verfügung stehen, warnten eine Reihe hoher US-Militärs bereits vor einer Bombardierung Irans.

Mit dem Beginn der israelischen Bombardierungen, die etwa sechs Monate vorher geplant wurden und für die die Entführung zweier israelischer Soldaten lediglich der Auslöser darstellte, wurden auch die zweijährigen Geheimverhandlungen zwischen Israel und Syrien über die Rückgabe der Golanhöhen beendet.

Israel hat sich frühzeitig deutsche Truppen für einen Libanoneinsatz gewünscht, weil sich weltweit kein anderes Land israelfreundlicher verhalte als Deutschland. Die Bundesregierung kann daher nicht neutral sein, was allerdings eine wichtige Voraussetzung für UN-Truppen in Krisenregionen überhaupt ist. Die

deutsche Bundesregierung hat bereits von einem Kampfeinsatz der Marine zu einem Zeitpunkt gesprochen, als noch gar keine Anfrage der libanesischen Regierung vorlag. Der pro Jahr mit knapp 200 Millionen Euro teure Einsatz ist zudem von der Aufgabenstellung her mehr als fraglich, weil in den vergangenen Jahren keine Waffen auf dem Seeweg an die Hisbollah geliefert worden sind. Sollte es zu einem Krieg gegen Iran kommen, besteht die große Gefahr, dass die deutsche Politik als Kriegspartei an der Seite Jerusalems und Washingtons in der muslimischen Welt wahrgenommen wird und kaum noch Spielräume für eine diplomatische Vermittlung besitzt.

Die genehmigte Lieferung von zwei deutschen U-Booten an Israel, von deutschen Steuerzahlern mit 333 Millionen Euro subventioniert, die in Israel atomar umgerüstet werden sollen und damit Iran bedrohen könnten, gießt ebenso Öl ins Feuer des Nahostkonflikts wie die in Aussicht gestellte Lieferung von Dingo-Truppentransportern. Es wäre ein Akt der Vernunft und Verantwortung, alle weiteren Rüstungsexporte in die Region umgehend zu beenden.

### **Zu den geopolitischen Interessen der US-Regierung**

Die Hintergrundfolie der US-Außenpolitik bestimmte maßgeblich bis in die jüngste Vergangenheit – wenn auch seit dem Irak-Desaster erheblich geschwächt – eine äußerst einflussreiche Gruppe von Neokonservativen, die ihre weltweiten Zukunftsvisionen unter dem Titel „Rebuilding Americas Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century“ im September 2000 verfasst hat. Dem Autorenteam, der 1997 gegründeten Gruppe „Project for the New American Century“ gehör(t)en u.a. Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Jeb Bush, Gouverneur in Florida und Bruder von George W. Bush, William Kristol, Robert Kagan und John R. Bolton an. Das Dokument kann inzwischen als Blaupause für die US-Außenpolitik der ersten fünf Jahre des neuen Jahrtausends bezeichnet werden.

Ein wesentlicher Kernpunkt von „Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century“ ist folgender: „Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten“.

Inzwischen wurde das „Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert“ angeblich aus Geldmangel eingestellt, was eine schwere Niederlage des neokonservativen Lagers bedeutet.

Um allein ihr Außenhandelsbilanzdefizit auszugleichen, das 2005 bei 792 Milliarden US-Dollar lag, brauchen die USA einen täglichen Kapitalzufluss von

mehr als zwei Milliarden US-Dollar. Von den großen Mächten USA, Europa, China oder Japan sind lediglich die drei letztgenannten in der Lage, die Waren, die sie konsumieren, auch zu bezahlen.

China verfügte im Mai 2006 über 925 Milliarden US-Dollar Währungsreserven, Japan über 843 Mrd., alle Länder der Eurozone zusammen über 173 Mrd. und die USA über 41 Mrd. Würden Japan und China nicht einen Großteil der US-Staatsanleihen kaufen, mit denen die US-Regierung ihre Finanzlöcher zu stopfen versucht, wäre die immer noch mächtige US-Wirtschaft kaum mehr in der Lage, ihre Produkte aus dem Fernen Osten oder auch aus der EU zu bezahlen. Um das Risiko des fallenden US-Dollars abzufedern, gehen mehr und mehr Staaten dazu über, maximal 50% ihrer Währungsreserven in US-Dollar anzulegen.

Im Dezember 2006 übertraf erstmals der Wert der weltweit im Umlauf befindlichen Euro-Banknoten den Wert der weltweiten US-Dollar-Scheine.

„Knapp 60 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg Europas und Japans, dazu ein sich wirtschaftlich langsam erholendes Russland und ein immer stärker werdendes China, lassen die US-Regierung offenbar immer häufiger auf Schwächere losgehen: „Die beschränkten wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Ressourcen lassen den Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Rolle als Weltmacht behaupten wollen, keine andere Möglichkeit, als den kleinen Mächten übel mitzuspielen. In dem an einen Alkoholiker erinnernden Benehmen der amerikanischen Diplomatie steckt durchaus eine Logik. Das wahre Amerika ist so schwach, dass es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen kann. (...) Seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Welt macht auf die eine oder andere Art universelle Präsenz notwendig“<sup>1</sup>, so der französische Politikwissenschaftler Emmanuel Todd, dessen scharfsinnige Analyse ich teile:

„Wagen wir es, stark zu sein, indem wir den Militarismus ablehnen und bereit sind, uns auf die inneren wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Gesellschaften zu konzentrieren. Schauen wir zu, wie das gegenwärtige Amerika seine verbliebenen Kräfte im 'Kampf gegen den Terrorismus' vergeudet als Ersatz für den Kampf zur Verteidigung einer Hegemonie, die nicht mehr existiert. Wenn Amerika weiter darauf beharrt, seine Allmacht zu demonstrieren, wird es schließlich der Welt nur seine Ohnmacht enthüllen“<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf, München 2003, S. 168.

<sup>2</sup> Emmanuel Todd, a.a.O., S. 252f.

An einem Punkt möchte ich Emmanuel Todd widersprechen: Im Sinne der Menschlichkeit und zur Vermeidung weiterer Opfer – möglicherweise im Iran – genügt das Zuschauen nicht. Die Menschheit steht vor gewaltigen ökonomischen, ökologischen und auch geistigen Herausforderungen, die nach dem entschiedenen Engagement jeder und jedes Einzelnen für eine gerechtere Welt verlangt.

Der frühere Shell-Mitarbeiter, Erdölspezialist und Professor an der Princeton University, Kenneth S. Deffeyes, erklärte Anfang 2006 den 24.11.2005 rückwirkend zum „World Oil Peak Day“. Nach seinen Berechnungen sei an diesem Tag – mit einer Toleranzspanne von einigen Wochen – der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung erreicht worden (vgl. Energiedepesche, März 2006, S. 4).

Etwa die Hälfte der weltweit bekannten Erdölvorräte ist verbraucht, neue Erdölfelder werden kaum noch gefunden. Saudi-Arabien als Land mit den größten Reserven gibt seit Jahren seine Vorräte nach Einschätzung von Branchenkennern bewusst zu hoch an, um seine Geldanlagen in westlichen Ländern nicht zu gefährden.

Für jedes Fass Öl, das die US-Regierung aus dem Mittleren Osten bezieht, kommen pro Barrel (159 Liter) noch einmal Militärstationierungskosten von geschätzten 70 bis 100 Dollar hinzu. Dieser Betrag enthält nicht die Kosten der Kriegsführung in der Region.

90 Prozent der iranischen Erdölvorkommen liegen in der südiranischen Provinz Khuzistan, die mehrheitlich von Arabern bewohnt ist. In dieser Region wurden bereits in der letzten Zeit etliche Bombenanschläge verübt, die offensichtlich ein Klima der Instabilität erzeugen sollen. US-Spezialeinheiten im Iran versuchen seit einiger Zeit, Angehörige ethnischer Minderheiten anzuwerben, um diese für einen Aufstand gegen das Regime in Teheran zu gewinnen. Nur bei einem Regimewechsel würden die iranischen Öl- und Gas-Langzeitverträge mit China und Indien gekündigt werden können – die begehrten Rohstoffe nicht nach Osten, sondern nach Westen fließen.

Die EU und die Bundesregierung setzen der aggressiven US-Politik im Nahen und Mittleren Osten wenig entgegen, sondern verschärfen durch die Aufstellung von „battle groups“ die Militarisierung der internationalen Beziehungen – was deutlich auch am neuen Weißbuch der Bundeswehr oder der vorläufig durch Referenden gestoppten EU-Verfassung abzulesen ist.

Dass die US-Regierung – ebenso wie die EU – auch anders mit der Ölfrage umgehen könnte, hat Amory Lovins zusammen mit anderen Autoren des renommierten Rocky Mountain Institute nachgewiesen

(www.oilendgame.org). „Sucht nach Öl – Eine Studie“ zeigt: Die USA könnten sich unabhängig machen“, titelte die SZ am 29.8.05 und führte ergänzend aus, „dass das Lovinsche Nachdenken vom Pentagon gesponsert wurde. Dass das Pentagon sich an der Erschließung alternativer strategischer Optionen beteiligt, zeigt zugleich, wie weit diese Option schon vorgezogen ist im militärisch-industriellen Komplex“.

In den letzten Monaten haben die Realisten in den USA wieder erheblich an Einfluss gewonnen. Viele realistische US-Außenpolitiker und auch renommierte Politik-Institute raten dem US-Präsidenten inzwischen zu einer diplomatischen Lösung des Iran-Konfliktes, was auch direkte Verhandlungen mit Iran und Syrien einschließt, wie sie u.a. von der Baker-Hamilton-Kommission empfohlen wurden. Die Demokraten haben nach ihrem Wahlerfolg vom November 2006 die Möglichkeit, Präsident Bush den Geldhahn für neue Truppen und Kriege zuzudrehen.

### **Perspektiven für die Zukunft des Nahen und Mittleren Ostens**

Eine deeskalierende Wirkung für die Region Naher und Mittlerer Osten – und für die internationalen Beziehungen insgesamt – könnten die US-Zwischenwahlen vom 7. November 2006 entfalten, die als eindeutige Absage an die Irak-Politik der US-Regierung interpretiert wurden. Mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld verlor Präsident George W. Bush einen der vehementesten Iran-Kriegsbefürworter. Dennoch besteht die Gefahr eines Iran-Angriffes innerhalb der Amtszeit von Präsident Bush fort, da sich in der US-Außenpolitik Republikaner und Demokraten nur wenig unterscheiden und zudem die katastrophalen ökonomischen Daten der US-Wirtschaft (Außenhandelsbilanzdefizit, Haushaltsdefizit, Dollarschwäche, Ölabhängigkeit, ...) weiter bestehen bleiben. Der demokratischen Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus wäre zu wünschen, gegen Präsident George W. Bush ein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) z.B. wegen dessen Lügen vor dem Irak-Krieg anzustrengen – und damit die weitere Eskalation im Iran-Konflikt zu unterbinden.

Die Ankündigung von Präsident Bush vom Januar 2007: „Wir werden die Unterstützung aus Iran und Syrien unterbrechen. Und wir werden die Netzwerke, die unsere Feinde mit Waffen beliefern, ausfindig machen und zerstören“, (Die Zeit, 18.1.2007) ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Am gleichen Tag dieser Aussage wurden gegen den Willen der irakischen Regierung fünf iranische Diplomaten in einem konsularischen Verbindungsbüro im irakischen Erbil von US-Soldaten verhaftet – eine wohl bewusste Provokation der Regierung in Teheran.

Im Januar 2007 entsandte Präsident Bush einen zusätzlichen US-Flugzeugträgerverband in den persischen Golf. Den bisherigen Oberbefehlshaber für den Nahen und Mittleren Osten (Centcom), John Abizaid, der sich in der New York Times offen für diplomatische Mittel zur Lösung der Probleme vor Ort ausgesprochen hatte, löste Präsident Bush im Januar 2007 ab und ersetzte ihn durch Admiral William Fallon. Dieser verfügt über keinerlei Erfahrung im Zusammenhang mit Aufstandsbekämpfungen – was im Irak sinnvoll wäre –, dafür aber über Fähigkeiten bei der Angriffsplanung von Kampfflugzeugen, die von Flugzeugträgern aus starten, was für die Bombardierung iranischer Atomanlagen hilfreich wäre.

Diese und weitere Hinweise deuten auf eine Eskalation im Iranstreit hin, die allerdings nicht unumkehrbar ist. Schon einmal, im Oktober 2006, kurz vor den US-Zwischenwahlen, beorderte die US-Regierung einen zusätzlichen bereits entsandten US-Flugzeugträgerverband, der für die Bombardierung iranischer Atomanlagen bereit stand, unverrichteter Dinge wieder aus der Region ab.

Im Iran hat die Wahl von Präsident Mahmud Ahmadi-nedschad seit dem Sommer 2005 zu erheblichen innen- und außenpolitischen Veränderungen geführt. Insbesondere das Militär wurde gestärkt, die Spannungen mit der EU und den USA nahmen wegen der israel-feindlichen Äußerungen des iranischen Präsidenten zu, oppositionelle Zeitungen wurden verboten. Bei den Wahlen im Dezember 2006 wurde die Regierung Ahmadinedschad wegen ausbleibender wirtschaftlicher Verbesserungen der Lebenssituation im Land mit Stimmenverlusten bestraft. Der für Außenpolitik eigentlich zuständige oberste Machthaber, Ajatollah Chamenie, attackierte öffentlich die Außenpolitik von Präsident Ahmadinedschad und forderte mehr Realismus in den außenpolitischen Beziehungen des Landes. Diejenigen Stimmen in den iranischen Machteliten, die für eine Deeskalation im Atomstreit plädieren, nahmen zu Beginn des Jahres 2007 deutlich zu.

Da Iran, derzeit viertgrößter Erdölproduzent der Erde, über die drittgrößten Erdöl- und zweitgrößten Erdgasvorkommen weltweit verfügt und mit China über 100 Milliarden US-Dollar und mit Indien über 40 Milliarden US-Dollar langfristige Lieferverträge geschlossen hat, besitzt der aktuelle Irankonflikt eine enorme geopolitische Dimension mit unabsehbaren Eskalationsfolgen.

Durch Rüstungslieferungen von Russland – u.a. Tom-M-1 Raketenabwehrsysteme im Wert von rund einer Milliarde US-Dollar, die die iranischen Atomanlagen schützen sollen – ebenso durch Rüstungsgüter aus China und Indien, weiß die iranische Führung um star-

ke Partner im Rücken. International ist Iran inzwischen im Schanghai-Cooperations-Abkommen fest eingebunden und begehrter Kooperationspartner mehrerer asiatischer Staaten.

### **Ansätze für eine zivilere Politik im Nahen und Mittleren Osten**

Der erste Schritt für eine zivile, diplomatische Lösung des gegenwärtigen Streites um das iranische Atomprogramm bestünde im Anerkennen des atomaren Ungleichgewichtes in der Region Naher und Mittlerer Osten durch die USA und die EU. Zur Beseitigung dieser grundlegenden Konflikursache wäre die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) geeignet, die auf eine ABC-waffenfreie Zone von Israel bis Iran hinarbeiten könnte.

Forderungen nach der Umsetzung einer solchen ABC-waffenfreien Zone finden sich bereits in mehreren UN-Resolutionen bezüglich Iraks, wurden allerdings bisher noch nie ernsthaft aufgegriffen. Von iranischer Seite wurde in den bisherigen Verhandlungen mit der EU betont, die EU-3 mögen die Initiative zum Start einer regionalen ABC-waffenfreien Zone ergreifen.

Vertrauensbildung und Konfliktkontrolle lauten zwei Stichworte, die Volker Perthes mit Inhalt füllt: „Denkbar wären verschiedene `runde Tische`, etwa zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur Zusammenarbeit im Katastrophenfall (Seenotrettung, Frühwarnung bei Ölhavarien etc.), zur Koordinierung von Maßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität (insbesondere Waffen- und Drogenschmuggel) und vor allem zur Diskussion von Fragen der Grenzsicherheit und Terrorismusbekämpfung und zur Koordination geeigneter Schritte. Aus solchen Foren könnte sich mit der Zeit ein grundlegender Mechanismus regionaler Zusammenarbeit entwickeln“<sup>3</sup>.

Zur kurzfristigen Entschärfung des Konfliktes würde ein umfassendes Hilfsprogramm beitragen, an dem Iran aufgrund seiner ökonomisch desaströsen Situation größtes Interesse hat. Ein Verzicht auf die Herstellung angereicherten Urans für waffentaugliche Zwecke mittels Festlegung einer Obergrenze für Zentrifugen könnte dann wahrscheinlicher werden, wenn die US-Regierung zusammen mit der EU in diplomatische Verhandlungen treten würde. Im Gegenzug zum atomaren Waffenverzicht Teherans könnten die USA, Israel und die EU eine umfassende Sicherheitsgarantie für Iran abgeben, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbieten und das Embargo aufheben. Die Kle-

<sup>3</sup> Volker Perthes, *Bewegung im Mittleren Osten*, SWP-Studie, Berlin 2004.

riker als eigentliche Machthaber im Iran sind an einem Aufbrechen der zunehmenden Isolation des Landes und seiner US-Umzingelung ebenso interessiert wie an einer raschen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch an einer – von der US-Regierung bekämpften – Aufnahme Irans in die WTO. Auf der Wunschliste Irans steht auch die Lieferung von Ersatzteilen für die zivile Luftfahrt durch Boeing und Airbus, deren Nichtlieferung bereits zu etlichen Abstürzen im Iran geführt hat.

Brennelemente sollten nach dem Vorschlag von IAEO-Chef El Baradei nicht mehr nationaler Kontrolle unterstehen, sondern – so lange es noch Kernkraftwerke gibt – existierende Anreicherungs-Anlagen der UN-Behörde IAEO unterstellt werden. Der größte Widerstand gegen diesen Vorschlag kommt von westlichen Staaten.

Da auch Uran in wenigen Jahrzehnten weltweit nicht mehr verfügbar sein wird und Atomenergie so wenig Zukunft hat wie die Energiegewinnung aus Öl und Gas, könnten im Iran Nichtregierungsorganisationen, die sich u.a. für den Einsatz erneuerbarer Energien im Iran engagieren, unterstützt werden. Insbesondere Deutschland als führendes Land im Bereich erneuerbare Energien könnte Iran im Rahmen der EU-3 Verhandlungen Anreize für Wind- und Solarprojekte anbieten. Allein schon wegen der Erdbebengefahr ist der Betrieb von Atomanlagen im Iran unverantwortlich.

Der israelisch-palästinensische Konflikt könnte durch einen Gefangenen austausch deeskaliert werden, durch einen Stopp von Siedlungs-, Mauer- und Grenzzaunbau, den Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten und die Einstellung des Beschusses israelischen Territoriums durch Kassam-Raketen und die Fortführung des etwa zwei Jahre andauernden palästinensischen Verzichtes auf Selbstmordattentate.

Wichtige erste Schritte im humanitären Bereich wären die Freigabe der EU-Gelder und der israelischen Zolleinnahmen an die palästinensische Verwaltung, um das Aushungern der Menschen im Gazastreifen und einen blutigen Bürgerkrieg zwischen Hamas und Fatah zu verhindern.

Die Hisbollah im Libanon könnte durch die Einbettung in die regulären libanesischen Streitkräfte als Gefahr

für Israel entschärft werden, die israelische Armee könnte sich aus den Schebaa-Farmen im Länderdreieck Israel-Syrien-Libanon zurückziehen. Syrien ist bereit, die Schebaa-Farmen völkerrechtlich als libanesisches Staatsgebiet anzuerkennen – Israel behauptet immer noch, es handele sich um syrisches Gelände.

Die Rückgabe der Golanhöhen an Syrien scheiterte im Jahre 2000 an 20 Quadratkilometern Land um den See Genezareth – und am Widerstand Washingtons. Israel wünscht eine Frühwarnstation auf den Golanhöhen und Zugang zu genügend Wasser aus dem Jordan und aus dem See Genezareth. Bei den israelisch-syrischen Geheimverhandlungen 2004-2006 lagen die Differenzen bei der Zeitspanne des Abzugs der israelischen Siedler. Die syrische Delegation forderte maximal fünf Jahre, die israelischen Unterhändler 15 Jahre. Am Ostufer des Sees Genezareth könnte ein binationaler Naturpark entstehen, zu dem beide Seiten Zutritt hätten.

Auf die US- und die israelische Regierung könnte eine ähnlich breite Bewegung wie am 15.2.2003 gegen den Irak-Krieg internationalen Druck ausüben, alle weiteren Kriegsvorbereitungen unverzüglich einzustellen und von der iranischen Regierung den Verzicht auf jegliche weiteren antiisraelischen Äußerungen fordern.

Bei einem Militärschlag gegen Iran würde sich ein durchgehendes Kriegsgebiet von Israel bis Pakistan ergeben, dessen Folgen unabsehbar wären.

Die Chancen, dieses düstere Szenario doch noch zu vermeiden und die offenen Probleme anzugehen, stehen derzeit nicht schlecht, benötigen allerdings massive Unterstützung von Friedensbewegungen, Gewerkschaften und Kirchen.

Die bisherigen Weltsozialforen zeigten, dass es durchaus eine hoffnungsvolle globale Gegenmachtbildung für eine gerechtere und zivilere Politik gibt.

Die Einsicht, dass die beiden Säulen westlicher Politik für den Nahen und Mittleren Osten – sicherer Ölfluss zu annehmbaren Preisen und Sicherheit Israels – nicht ausreichend sind, scheint in breiteren Kreisen auch westlicher Gesellschaften zu wachsen.

Die Wahrnehmung der legitimen Interessen und Bedürfnisse der Länder in der arabischen und muslimischen Welt ist überfällig.

## **Friedensvorschläge** von *Clemens Ronnefeldt*

### **1. Iran-Konflikt**

#### **Verhandlungselemente:**

- Sicherheitsgarantie von USA und Israel
- Aufnahme in die WTO
- Aufhebung der Sanktionen
- Zugang zu internationalen Finanzmärkten
- Zivile Ersatzteile für die Luftfahrt
- Betrieb der Anlage in Natanz unter internationaler Kontrolle mit begrenzter Zentrifugenzahl
- Verzicht Irans auf antiisraelische Äußerungen
- Anerkennung des Existenzrechtes Israels durch Iran
- Einstellung von Waffenlieferungen an Hizbullah

#### **Elemente für einen Friedensplan:**

- Einberufung einer Konferenz für eine ABC-waffenfreie Zone
- Begrenzung der Reichweiten von Raketen und Waffensystemen
- Betrieb aller weltweiten Uran-Anreicherungsanlagen durch die UNO
- Regionale Kooperation (Erdbebenfrühwarnung, Seenotrettung)

### **2. Nahost-Konflikt**

#### **Elemente für einen Friedensplan:**

- Gefangenenaustausch
- Baustopp von Mauer/Zaun und neuen Siedlungen
- Rückzug der israelischen Armee aus Gaza u. Westbank

- Palästinensische Verzicht auf Selbstmordanschläge und Raketenbeschuss israelischen Territoriums
- Gegenseitige Anerkennung des Existenzrechtes
- Israel. Räumung der Schebaa-Farmen, Verzichtserklärung Syriens und Eingliederung in Libanon
- Rückgabe der Golanhöhen unter Beibehaltung einer israelischen Frühwarnstation und Wasserrechten

#### **Ziele von Friedensverhandlungen:**

- Zwei Staaten in sicheren Grenzen, Fortführung von Taba und Genfer Initiative
- Ostjerusalem wird Hauptstadt Palästinas
- Flüchtlinge haben die Wahl zwischen Rückkehr oder Entschädigung
- Palästina wird Teil einer Konföderation mit Jordanien, evtl. auch mit Libanon u. Syrien

#### **Was wir tun können:**

- Friedensarbeit im Nahen Osten unterstützen
- Berliner Erklärung „Shalom 5767“ unterzeichnen
- Kampagne gegen Mauerbau unterstützen
- Rüstungsexporte in den Nahen Osten stoppen
- Dialog zwischen Israelis und Palästinensern in Deutschland fördern
- An Menschenrechtsbeobachtung teilnehmen EAPPI, ISM, CPT, ...
- Friedensorganisationen in Deutschland unterstützen, die Friedensarbeit im Nahen Osten fördern: Versöhnungsbund, Pax Christi, Aktion Sühnezeichen, ...

## Mitgliederversammlung

### Kurzbericht für die Mitgliederversammlung im Anschluss an den Studientag vom 23. Juni 2007

#### Veranstaltungen und Aktionen

Im Berichtszeitraum wurde eine gemeinsame Tagung mit Militärseelsorge und Akademie in Bad Herrenalb durchgeführt: „Die Bundeswehr als ‚global player‘. Das europäische Sicherheitskonzept und die Rolle der Bundeswehr“ (19./20.5.2006). Die für Mai dieses Jahres mit denselben Partnern geplante Tagung, hochkarätig besetzt, zum Thema „Wie unser Wirtschaften den Frieden fördern kann – Gewalt und Frieden als Folgen der Ökonomie“ musste mangels Interesses ausfallen.

Genau so erging es – nach dem gut besuchten Studientag 2005 über Kongo und Zentralafrika – unserem Studientag 2006. Zur Erinnerung: Die „Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden“ hatte einen Prozess der Begleitung der Arbeit an einer neuen Friedensdenkschrift der EKD angeregt. Der Leitungskreis hatte die Mitglieder um Stellungnahmen und Anregungen gebeten und wollte die Rückmeldungen beim Studientag zu einem Beitrag zum AGDF-Prozess bündeln. Der Leitungskreis hatte am Ende seinerseits für den Studientag die Vorlage für eine Stellungnahme zu den Schwerpunkten einer neuen Friedensdenkschrift erarbeitet. Es kamen zu wenig Rückmeldungen von den Mitgliedern.

Der Leitungskreis hat hier wohl die freien Arbeitskapazitäten, die für eine so intensive Mitarbeit der Mitglieder erforderlich wären, überschätzt. Er freut sich aber an der auf Grund der stabilen Entwicklung der Mitgliedschaft vermuteten und immer wieder auch ausgesprochenen generellen Zustimmung der Mitglieder zur Arbeit des Forum Friedensethik. Natürlich ist er dankbar für Rückmeldungen und Anregungen aus dem Kreis der Mitglieder.

Die badische Synode hat sich nicht dazu bereit erklärt, die Initiative der Mitgliederversammlung des Forum Friedensethik in Sachen Militärisierung der EU-Sicherheitspolitik durch die geplante EU-Verfassung aufzunehmen. Die Synode war gebeten worden, die Gemeinden aufzufordern, den Widerstand der Zivilgesellschaft gegen die entsprechenden Verfassungsartikel zu verstärken. Unsere Eingabe ist auf dem Instanzenweg in einer gemeinsamen Europa-Kommission der badischen und der württembergischen Landeskirche gelandet – und dann auf dem Schreibtisch der mit Europafragen befassten Oberkirchenrätin im Kirchenamt der EKD.

Aber in Württemberg ist in dieser Angelegenheit etwas Bemerkenswertes geschehen, vielleicht Resultat eines Impulses aus der genannten Europa-Kommission, in dem – steter Tropfen höhlt den Stein – auch etwas von unseren Bemühungen sich ausgewirkt haben könnte. Die württembergische Synode hat am 16. März 2007 eine „Stellungnahme zu Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktregelung“ verabschiedet. Den friedensethischen Grundsatz von der „vorrangigen Option der Gewaltfreiheit“ ernst nehmend erklärt die Synode im Zusammenhang mit der Diskussion des Verfassungsvertrages: „Wir greifen den Vorschlag der *Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)*, Kommission für Kirche und Gesellschaft, auf, bei der EU eine Europäische Agentur zur Friedensförderung einzurichten.“ Und dann heißt es sogar: „Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung sollten gemäß der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und Prävention finanziell nicht schlechter gestellt sein als militärische Sicherheits- und Verteidigungsaktivitäten.“

Der Leitungskreis hat einen Brief an Bundeskanzlerin und Außenminister in Sachen Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel geschrieben. Wir erhielten eine abwehrende Antwort. Es wurde behauptet, man hielte sich konsequent an die restriktiven Grundsätze der Bundesregierung und der EU zu Rüstungsexporten in Spannungsgebiete. Zusätzlich wurde die Lieferung gerechtfertigt mit dem Hinweis. „Bei Anträgen zur Lieferung nach Israel fließt zudem die besondere deutsche Verantwortung für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel in die Abwägung mit ein.“

Der Gegenwind, gegen den wir anarbeiten müssen, verstärkt sich. Zwar scheint die Bevölkerung noch mehrheitlich friedensorientiert zu sein. Eine deutliche Mehrheit lehnt z.B. den Afghanistan-Einsatz ab. Bei Regierung, Parlamentariern und Verbandsfunktionären wird allerdings mehrheitlich die viel beschworene „gewachsene deutsche Verantwortung“ in erster Linie und mit wachsender Selbstverständlichkeit militärisch definiert. Aber auch in der Zivilgesellschaft drängen sich im Moment andere Fragen in den Vordergrund. Es gab etwa zum G 8 –Gipfel in Heiligendamm viele gute Stellungnahmen zu den Themen Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Die globalen Bedrohungen durch die eskalierenden Konflikte im Nahen Osten und allgemein im Umfeld der ressourcenreichen Regionen der Welt wurden weniger angesprochen.

### Rundbriefe und Erklärungen

Durch Rundbriefe möchte der Leitungskreis die Mitglieder am friedensethischen Reflexionsprozess beteiligen. Kontrapunktisch soll auf aktuelle Entwicklungen hingewiesen werden, die für die friedensethische Diskussion relevant sind. Deswegen nahmen etwa Informationen über den Nahen Osten und die bleibende atomare Bedrohung einen besonderen Raum ein.

Der Leitungskreis hat mehrere Erklärungen erarbeitet und veröffentlicht: „Was in der neuen Friedensdenkschrift der EKD stehen müsste“, „Nach dem Karikaturenstreit und vor einem Krieg gegen den Iran“ und „Stellungnahme zum ‚Appell aus Baden‘“.

### Leitungskreis

Der Leitungskreis hat sich in der Regel alle zwei Monate in Karlsruhe getroffen. Nach dem Weggang von Albert Schäfer gehören ihm an: Bettina Ott, Dirk Harmsen, Hans Georg Dittrich, Dietrich Becker-Hinrichs und Wilhelm Wille. Dietrich Zeilinger nimmt als Dekade-Beauftragter regelmäßig an den Sitzungen teil. Die Mitglieder des Leitungskreises werden immer wieder zu Vorträgen in z.B. Erwachsenenbildung, Hochschulgemeinde, Evang. Arbeitnehmerschaft eingeladen und arbeiten mit in der von der Synode eingerichteten „Fachgruppe Konziliarer Prozess“.

Es wäre sehr sinnvoll, wenn sich noch weitere Mitglieder des Forum Friedensethik zur Mitarbeit im Leitungskreis entschließen könnten.

### Mitgliederzahl und Finanzen

<b>Einnahmen/Ausgaben 2006</b>			
Konto	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Allgemein	0,00 €	92,66 €	-92,66 €
Tagungen	0,00 €	56,06 €	-56,06 €
Rundbriefe	0,00 €	152,52 €	-152,52 €
Mitgliedsbeiträge	30,00 €	0,00 €	30,00 €
Gesamt	30,00 €	301,24 €	-271,24 €

<b>Einnahmen/Ausgaben 2007 bis 23.06.07</b>			
Konto	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Allgemein	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Tagungen	0,00 €	79,55 €	-79,55 €
Rundbriefe	0,00 €	299,87 €	-299,87 €
Mitgliedsbeiträge	1.575,00 €	18,00 €	1.557,00 €
Gesamt	1.575,00 €	397,42 €	1.177,58 €
Ausstehende Mitgliedsbeiträge am 23.07.2007			105,00 €
Kontostand am 23.07.2007			1.857,02 €

Das Forum FriedensEthik hat am 23.07.2007 59 Mitglieder.

Für den Leitungskreis: W. Wille, H.-G. Dittrich

## **Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung**

### **Brief an die Präsidentin der Landessynode**

Frau  
Justizrätin Margit Fleckenstein  
Präsidentin der Landessynode der  
Evangelischen Landeskirche in Baden

Karlsruhe, den 13. August 2007

### **Eingabe des Forum FriedensEthik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden**

Sehr geehrte Frau Präsidentin Fleckenstein,

### **Eingabe an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden**

Das Forum FriedensEthik (FFE) in der evangelischen Landeskirche in Baden bittet die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden, sich die Stellungnahme „Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung“ der Württembergischen Evangelischen

in der Anlage übersenden wir Ihnen die Eingabe des Forum FriedensEthik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Mit freundlichen Grüßen, auch im Namen aller im Briefkopf genannten Mitglieder des Leitungskreises des Forums Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden,

Dr. Dirk-Michael Harmsen, Dr. Wilhelm Wille

Landessynode zur Stärkung des Beitrags der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung vom 16. März 2007 zu Eigen zu machen und sich dafür einzusetzen, dass Friedensförderung und zivile Konfliktbe-

arbeitung als primäre Elemente in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie gestärkt werden. „Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung sollten gemäß der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und Prävention finanziell nicht schlechter gestellt sein als militärische Sicherheits- und Verteidigungsaktivitäten“.

Diese Eingabe beruht auf dem gleichlautenden Beschluss der Mitgliederversammlung des Forums FriedensEthik im Anschluss an dessen Jahrestagung zum

## Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung

Stellungnahme der Württembergischen Evangelischen Landessynode zur Stärkung des Beitrags der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung vom 16. März 2007

### Stellungnahme zu Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktregelung

Stärkung des Beitrags der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung

Jesus spricht: „Selig sind die Friedfertigen“, Matthäus 5,9, und „Liebet eure Feinde“, Matthäus 5,44. Dabei sind die Kirchen geleitet von der Verheißung: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen.“ Jesaja 2,4.

Bei allen Konflikten treten Christen und Kirchen für die vorrangige Option der Gewaltfreiheit ein. Krisenprävention und zivile gewaltfreie und konstruktive Konfliktlösungen müssen gegenüber militärischen Einsätzen Priorität erhalten („prima ratio“). Wir bekräftigen, was die Kirchen auf der Ökumenischen Weltversammlung in Seoul 1990 erarbeitet haben:

„Die Kirche ist als die Gemeinschaft des gekreuzigten und auferstandenen Christus dazu aufgerufen, in der Welt für die Versöhnung einzutreten. (...) In Christus hat Gott die Feindschaft zwischen Nationen und Völkern überwunden und will uns auch jetzt Frieden in Gerechtigkeit schenken. (...)

Wir werden darauf hinarbeiten, auf Krieg als legales Mittel zur Lösung von Konflikten zu verzichten (...)“<sup>4</sup>

Im Zusammenhang mit der Diskussion um einen Verfassungsvertrag für Europa hat sich die Synode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg mit dem Vorschlag zur Errichtung einer Europäischen Agentur

Thema „Imperium Americanum ⇔ Pax Americana? – Die Lösung für das 21. Jahrhundert?“ am 23. Juni 2007 in Karlsruhe. Die Stellungnahme „Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelung“ der Württembergischen Evangelischen Landessynode (s.u.) findet sich im Anhang dieser Eingabe.

Für den FFE-Leitungskreis

Dr. Dirk-M. Harmsen, Dr. Wilhelm Wille  
Karlsruhe, den 13. August 2007

zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung befasst.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die EU-Außenminister sich bei ihrem informellen Treffen am 28. Mai 2006 in Wien auf einen neuen Anlauf zur Lösung der EU-Verfassungsfrage bis 2009 verständigt haben.

Wir sind dankbar für ein zusammen-wachsendes Europa, das sich dem Frieden verpflichtet sieht.

Wir sind uns einig mit den christlichen Kirchen Europas, die in ihrer „Charta Oecumenica“ erklärt haben, sich für „eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen zu engagieren.“<sup>5</sup>

Wir greifen die Bitte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf, „den Diskurs über die zukünftige Gestaltung Europas auf allen Ebenen kirchlichen Lebens zu fördern“.<sup>6</sup>

Wir sind dankbar, dass sich die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) durch ihren Beschluss vom 8. Mai 2006 und die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland durch ihre Stellungnahme vom 11. Januar 2006 für den „Vorrang der nicht-militärischen Mittel und Instrumente in der Verfassung der EU“ ausgesprochen haben.

Wir stimmen überein mit den Beschlüssen der IX. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (OeRK), in denen die Notwendigkeit betont wird, sich auf die Prävention von Gewaltanwendung zu konzentrieren. In ihren Umsetzungsvorschlägen bitten alle weltweit im OeRK zusammenwirkenden Kirchen, „erheblich mehr Mittel und Ausbildung in gewaltlose Interventionsmöglichkeiten zu investieren.“<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Grundüberzeugung VI „Wir bekräftigen den Frieden Jesu Christi“, Ökumenische Weltversammlung Seoul 1990

<sup>5</sup> Charta Oecumenica, Straßburg, 22. April 2001, Kap. 8

<sup>6</sup> Synode der EKD, Berlin, 10. November 2005

<sup>7</sup> IX. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre/Brasilien, 1.–2. Februar 2006, PIC Doc 2 „Erklärung zur Schutzpflicht“

## Stellungnahme

Wir greifen den Vorschlag der *Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)*, Kommission für Kirche und Gesellschaft, auf, bei der EU eine Europäische Agentur zur Friedensförderung einzurichten.<sup>8</sup>

Wir setzen uns dafür ein, *Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung als primäres Element in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie zu stärken*.

Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung sollten gemäß der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und Prävention finanziell nicht schlechter gestellt sein als militärische Sicherheits- und Verteidigungsaktivitäten.

Aufgaben in der *Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung* sind u.a.:

- Bessere Koordinierung der Aktivitäten der Gemeinschaft in internationalen, weltregionalen und nationalen Institutionen im Bereich Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung
- Gewährleistung der Koordination der internen EU-Aktivitäten im Bereich Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung
- Training von zivilen Konfliktmanagementspezialisten (Anwälte, Mitarbeiter von Stadtverwaltungen, Nichtregierungsorganisationen) nach gemeinsamen Standards
- Gewinnung und Entsendung von zivilen Spezialisten
- Sammlung und Verbreitung von Informationen über internationale Best-Practice-Beispiele (gelungene Beispiele)
- Errichtung eines Frühwarnsystems und Förderung von rechtzeitigem Handeln
- Errichtung eines Netzwerks von Partnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind
- Förderung der Werteerziehung einschließlich der Friedenspädagogik auf europäischer Ebene
- Verbesserte Kooperation mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Wir bitten den Rat der Europäischen Union, die Abgeordneten im Europäischen Parlament und die Europäische Kommission, sich für eine entsprechende *europäische Politik zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung* einzusetzen. Wir ersuchen unsere kirchlichen Vertreter in EKD, GEKE und KEK, sich hierfür zu verwenden.

Wir engagieren uns mit anderen christlichen Kirchen weltweit weiterhin in der *„Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001 bis 2010) – Kirchen für Frieden und Versöhnung“*.

Wir unterstützen das Vorhaben des *Ökumenischen Rates der Kirchen*, bis zum Jahr 2010 eine ökumenische Friedensdenkschrift zu erarbeiten und zu einer weltweiten Friedenskonvokation einzuladen.

## Impressum

Herausgegeben von der Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 12, 70197 Stuttgart, im Auftrag der Württembergischen Evangelischen Landessynode

Redaktion: Klaus Rieth (verantwortlich), Grafik und Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Stuttgart

Bestelladresse:

Evangelisches Medienhaus GmbH,  
Augustenstraße 12, 70197 Stuttgart,  
Fon: 0711 22276-26, Fax: 0711 22276,  
eMail: [Verwaltung.emh@elk-wue.de](mailto:Verwaltung.emh@elk-wue.de),  
Internet: [www.elk-wue.de](http://www.elk-wue.de)

oder:

Evangelischer Oberkirchenrat, Versand, Gänsheidestraße, 7018 Stuttgart Fon 0711 219-269, Fax 0711 219-9269, eMail: [Ute.Leiensegger@elk-wue.de](mailto:Ute.Leiensegger@elk-wue.de)

<sup>8</sup> Konferenz Europäischer Kirchen, Kommission für Kirche und Gesellschaft, Sigtuna/Schweden, Mai 2006

## Das „Forum FriedensEthik in der evangelischen Landeskirche in Baden“ von Wilhelm Wille

*Dieser Artikel wird in einer verkürzten Version demnächst in der Zeitschrift „Standpunkte“ erscheinen.*

Es begann mit dem Schock des Kosovo-Krieges. Zum ersten Mal seit 1945 hatte sich Deutschland wieder in ein militärisches Abenteuer hineinziehen lassen. „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, so die erste Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Amsterdam 1948). Dieser Satz hatte die Grundüberzeugung der meisten Christen zum Ausdruck gebracht. Nicht alle zogen daraus radikal pazifistische Konsequenzen, aber alle teilten den Konsens von der vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit. Nicht-militärische Konfliktlösungen und die präventive Arbeit an der Beseitigung von Konfliktursachen sollten absoluten Vorrang haben. Militärische Maßnahmen kamen nur als „ultima ratio“ in Betracht – nach Ausschöpfung aller zivilen Mittel, einen Konflikt zu lösen, dazu im Einklang mit dem Völkerrecht und nur zur Verhinderung schwerster Verletzung der Menschenrechte. Der Angriff der NATO auf Serbien erfolgte aber ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates. Es waren beileibe nicht alle zivilen Mittel, den Konflikt zwischen Albanern und Serben zu entschärfen, ausgeschöpft worden. Die Begründungen für den Krieg erwiesen sich als – gelinde gesagt – zweifelhaft.

Kirchenleitende Gremien fanden weitgehend zu keinem klaren Wort gegen den Krieg. In Baden hatte allerdings eine Gruppe um Pastor Dietrich Becker-Hinrichs einen theologisch fundierten Aufruf gegen den Krieg formuliert, auf den sich auch der Bischof bei seinem Votum zur Beendigung der Luftangriffe beziehen konnte. Impulse aus diesem Umfeld führten am 21. Januar 2000 in Karlsruhe zur Gründung des „Forum Friedensethik in der evangelischen Landeskirche in Baden“. Der Begriff „Forum“ sollte die Bereitschaft signalisieren, unterschiedliche Meinungen ins Gespräch zu bringen. Man war sich jedoch angesichts des Kosovo-Debakels einig, mit neuer Dringlichkeit das friedensethische Instrumentarium schärfen und zur Sensibilisierung unserer Kirche in der Friedensfrage beitragen zu müssen.

Etwa 60 Personen und die Evangelische Arbeitnehmerschaft in der EKiba sind zur Zeit Mitglieder des Forums. Ein von der Mitgliederversammlung gewählter Leitungskreis organisiert und verantwortet die Arbeit. Zur Zeit gehören dazu Pfarrerin Bettina Ott (Görwihl), Pfarrer Dietrich Becker-Hinrichs (Bretten), Hans-Georg Dittrich (Hemsbach), Dr. Dirk-M. Harmen (Karlsruhe) und Pastor i. R. Dr. Wilhelm Wille (Ehrenkirchen). Bis zu seiner Versetzung in den Ruhe-

stand hat Pfarrer Dr. Albert Schäfer (Weinheim) im Leitungskreis den Vorsitz geführt.

Das Forum Friedensethik ist zwar nicht unmittelbar Teil der landeskirchlichen Strukturen. Die Worte „in der evangelischen Landeskirche in Baden“ bringen allerdings zum Ausdruck, so Pfarrer Dr. Alfred Schäfer auf der Gründungsversammlung, dass wir „auf der Basis der Identifizierung mit unserer Kirche“ arbeiten und argumentieren. Inzwischen wurde das Forum eingeladen, in der von der badischen Synode eingerichteten Fachgruppe Konziliarer Prozess mitzuarbeiten. Pfarrer Dietrich Zeilinger (Karlsruhe), Landesbeauftragter für die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt, nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Leitungskreises teil.

Durch die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Grundsatzfragen evangelischer Friedensethik sowie zu aktuellen internationalen Konflikten, durch die Organisation von Studientagen und die Veröffentlichung eines Rundbriefs (Nachzulesen unter: [www.ekiba.de/frieden\\_3085.htm](http://www.ekiba.de/frieden_3085.htm)) versucht das Forum Friedensethik die gesetzten Ziele zu erreichen. Hinzu kommen Eingaben an kirchliche und staatliche Stellen. Auch wurden schon gemeinsam mit Evangelischer Akademie und Militärseelsorge Tagungen zu Friedensfragen durchgeführt. Bei aller Pluralität der Meinungen, die es auch unter den Mitgliedern geben mag, lassen sich jedoch zumindest einige charakteristische Tendenzen in der Arbeit des Forum Friedensethik ausmachen.

Die Umwandlung der Bundeswehr von einem Instrument der Landesverteidigung in eine weltweit agierende Interventionstruppe wird von Regierung und fast allen Oppositionsparteien einmal mit neuen humanitären Herausforderungen beim Schutz bedrohter Bevölkerungsgruppen in zerfallenden Staaten begründet. Nach den Anschlägen auf das World Trade Centre im September 2001 kam die Bekämpfung des internationalen Terrorismus hinzu. Im jüngsten Weißbuch der Bundeswehr war dann wieder ganz offen von der militärischen Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands die Rede. Beim Forum Friedensethik hält man die Semantik der „humanitären Intervention“ für wenig glaubwürdig. Man neigt dazu, in den wirtschaftlichen und politischen Interessen die treibenden Kräfte der Re-Legitimierung des Krieges als eines Mittels der Politik zu sehen. Die USA werden hier als Vorreiter wahrgenommen. In einer Erklärung des Leitungskreises vom 3. Juli 2006 zum Thema „Was in

einer neuen Friedensdenkschrift der EKD behandelt werden müsste“ heißt es dazu: *„Amerikanische Militärtheoretiker machen unverhohlen deutlich, dass der weltweite Einsatz von Militär in erster Linie der Sicherung westlicher wirtschaftlicher Interessen dient. Das Militär ist ‚Systemadministrator der Globalisierung.‘*“, Der Studientag am 23. Juni 2007 stand daher unter der kritischen Frage *„Imperium Americanum, Pax Americana – die Lösung für das 21. Jahrhundert?“* Nicht dass Europa grundsätzlich besser dastände! Der Studientag vom 9.10.2004 befasste sich unter dem Thema *„Militarisierung durch EU-Verfassung“* mit den problematischen Tendenzen einer Militarisierung der Außenpolitik der EU und ihrer verfassungsrechtlichen Festschreibung.

Zum anderen verfolgt das Forum Friedensethik in seiner Arbeit einen kontextuellen Ansatz. Gerade Friedensethik darf sich nicht in Abstraktionen verlieren. Die friedensethische Reflexion erfolgt immer im Kontext konkreter friedens- und sicherheitspolitischer Problemlagen – daher zum Beispiel ein Studientag über den Kongo, ein anderer über *„Hoffnung für Nahost“*. Die Dinge schließen sich hier zusammen mit einem anderen wichtigen Aspekt sachlicher Urteilsbildung zu friedensethischen Fragen. Beim Kosovo-Krieg hatten kirchliche Stellen Schweigen und Mitlaufen entschuldigt mit dem Hinweis darauf, man habe nicht alle oder die nötigen Informationen für ein klares Wort zur Verfügung gehabt. Aber es gibt keine neutrale Instanz, bei der die zur Entscheidungsfindung nötigen Informationen einfach abgerufen werden könnten. In der bereits zitierten Erklärung des Leitungskreises heißt es dazu: *„Gerade bei Fragen des Einsatzes militärischer Gewalt verstellen erfahrungsgemäß Vorurteil, bewusste Täuschung und ‚Wahrnehmungssteuerung‘ immer wieder die faktische Wahrheit. Das Eintreten in den Streit um diese Wahrheit gehört mit zum Friedensdienst der Kirche.“*

Schließlich sind Europa und die USA zwar nicht alleine verantwortlich für jedes wesentliche Problem in der Welt. Aber viele haben sie zumindest mit verursacht und zu verantworten, und es ist wichtig bei der Wahrnehmung von Konflikten diesen eigenen Anteil anzu-

erkennen. Handelnden Politikern fällt das in aller Regel schwer. Zivilgesellschaft und vor allem Kirche müssten hier einspringen: *„Den Balken im eigenen Auge‘ bearbeiten, und das im Blick auf konkrete Fehlentwicklungen, die wir mitzuverantworten haben, ist Teil des Friedensauftrages der Christen.“* (Erklärung vom 3.7.2006). Darum hinterfragte der Leitungskreis in einer Stellungnahme zum Iran-Konflikt (27.3.2006) auch das bei uns gängige Bild und erinnerte daran, dass der Iran *„seit langem Opfer einer von den USA gesteuerten konfrontativen Interessenpolitik ist.“*

Natürlich will das Forum Friedensethik einen Beitrag zur Klärung und Aktualisierung der theologischen Grundlagen christlichen Friedensdienstes leisten – das besondere Anliegen dabei, der Gefahr zu wehren, dass das Engagement der Gemeinde Jesu sich spaltet in politischen Aktionismus einerseits und leere fromme Rhetorik andererseits. Abschließend seien dazu einige Sätze aus der Grundsatzerklärung *„Dein Wille geschehe – Den nächsten Krieg nicht schicksalsergeben hinnehmen“* (3. April 2002) zitiert: *„Unverzichtbarer Auftrag der Christinnen und Christen bleibt angesichts der Bedrohungen, die auf uns zukommen, das ausdauernde Gebet. ... wer den Gott des Friedens anbetet, der unterbricht die Zwangsläufigkeit der Herrschaft jener Mächte und Gewalten, welche die Menschheit in Gewinner und Verlieren spalten und so die Spirale von Gewalt und Gegengewalt in Gang setzen. In solchem Beten wird schon der Friede Gottes wirklich und es schafft Raum für weitere Schritte auf dem Weg des Friedens. Gerade weil die Gefühle der Ohnmacht so nahe liegen angesichts der scheinbaren Eigengesetzlichkeit mächtiger Wirtschaftsinteressen und gewalttätigem Hass, nehmen wir dankbar diese Kraftquelle in Anspruch im Kampf gegen die Resignation. Wer sich betend dem göttlichen Du öffnet, kann sich nicht gegenüber dem anderen Menschen verschließen, der nach dem Bilde Gottes geschaffen ist. Das Gebet widerstreitet so der Versuchung des Hasses und des Zynismus. Es hebt uns immer wieder aktuell die Personwürde des Anderen ins Bewusstsein und begründet so im Tiefsten die Notwendigkeit und Möglichkeit zu gewaltlosem Friedenshandeln.“*

## Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Sachen Major Pfaff

Herrn  
 Militärbischof Peter Krug  
 Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr

Karlsruhe, den 15. August 2007

Betr.: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Sachen Major Pfaff

Sehr verehrter Herr Bischof,

das Forum Friedensethik in der Badischen Landeskirche, eine freie Vereinigung von Christinnen und Christen im südwestdeutschen Raum, aber eingebunden in die landeskirchlichen Arbeitsstrukturen, beschäftigt sich mit Fragen, die sicherlich auch die Militärseelsorge bewegen. Überdies haben wir schon gemeinsame Akademieveranstaltungen zu friedensethischen Themen mit den zuständigen Stellen im badischen Oberkirchenrat und der Militärseelsorge organisiert. Auch führen einige unserer Mitglieder, z.B. in Müllheim am Standort der deutsch-französischen Brigade, Gespräche mit der und über die Militärseelsorge.

Bei unserer letzten Mitgliederversammlung am 23. Juni 2007 kam u.a. das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Sachen Major Pfaff zur Sprache. Der Bundeswehroffizier hatte zu Beginn des Irakkrieges Befehle verweigert, von denen er annahm, dass sie auf eine Unterstützung des völkerrechtswidrigen amerikanischen Krieges gegen den Irak hinauslaufen würden. Wie Sie wissen, hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz die Rechtsauffassung des Majors Pfaff bestätigt.

Mit vielen anderen in der Friedensfrage Engagierten halten wir dieses Urteil für bemerkenswert. Stellt es doch eindeutig die Völkerrechtswidrigkeit des Irakkrieges fest. Die Bundesregierung hat zwar zum Glück einer direkten deutschen Beteiligung am Angriff nicht zugestimmt, aber sich nie in eindeutigen Worten zur Völkerrechtswidrigkeit des Krieges bekannt. Das hat es ihr erleichtert, auf vielfache Weise die Kriegsführung der Amerikaner zu unterstützen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in dankenswerter Weise klargestellt, dass auch die Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Krieges völkerrechtswidrig ist. Völkerrecht und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland haben danach im Konfliktfall immer Vorrang vor bilate-

ralen internationalen Abkommen, auf die sich die Bundesregierung zur Rechtfertigung der genannten Unterstützungsleistungen bisher berufen hatte.

Zum anderen bedeutet das Urteil eine öffentliche Respektierung und Würdigung der Gewissensentscheidung des Soldaten, der einen völkerrechtswidrigen Befehl verweigert. Es geht sogar so weit, dass es die vorgesetzten Stellen ausdrücklich in die Pflicht nimmt, dafür zu sorgen, dass Verweigerer gegebenenfalls zumindest eine andere Aufgabe zugewiesen bekommen, mit der ein vergleichbarer Gewissenskonflikt nicht gegeben ist.

Nach unseren Informationen hat es über dieses sowohl für die friedensethische Diskussion im Allgemeinen als auch für die Orientierung des „Bürgers in Uniform“ bedeutsame Urteil keine Diskussion in der Bundeswehr gegeben. Dies wäre umso wichtiger gewesen, weil die völkerrechtswidrige Unterstützung des Irakkrieges durch die Bundesregierung ja anhält und außerdem im Blick auf andere laufende oder vorgesehene Militäroperationen eine vergleichbare rechtliche und friedensethische Problematik gegeben ist.

Hier steht die elementare Glaubwürdigkeit einer verpflichtend an den rechtlichen und ethischen Grundlagen unserer Verfassung orientierten Parlamentsarmee auf dem Spiel. Hat sich die Militärseelsorge dieser Frage angenommen? An welchen Standorten wurden darüber Diskussionen geführt? Es ist sicher schwierig, in einer auf Befehl und Gehorsam sowie militärische Effizienz orientierten Institution wie der Bundeswehr die mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aufgeworfenen Fragen zu behandeln. Sollte da nicht die Militärseelsorge ihren Freiraum nutzen, um eine Diskussion anzustoßen, die der Gewissensschärfung der Soldaten und der friedensethischen Würdigung des Vorgangs dient?

Für eine baldige Antwort wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen, auch im Namen aller im Briefkopf genannten Mitglieder des Leitungskreises des Forums Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden,

Dr. Dirk-Michael Harmsen

## Appell aus Baden – Was jetzt dringlich ist ...

### Stellungnahme Leitungskreis FFE zum „Appell aus Baden“

Der Leitungskreis Forum Friedensethik hat bei seiner Sitzung am 19.3.2007 über den „Appell aus Baden“ diskutiert. Die folgenden „Merkposten“ werden festgehalten und weitergegeben:

1. Im „Appell“ ist angedeutet, dass es schwierige Fragen mit den Muslimen zu klären geben wird (Religionsfreiheit bis hin zum Religionswechsel unverzichtbarer Teil der Menschenrechte). Es wird kaum möglich sein, als glaubwürdiger Partner solch einen offenen und auch kritischen Dialog zu führen, wenn wir unsererseits die schwierigen Fragen, die sich aus unserer deutschen Geschichte ergeben, aus dem Gespräch mit den Muslimen heraushalten wollen. Ohne eine gerechte Lösung des seit Jahrzehnten schwelenden Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern dürfte der Dialog mit dem Islam, wo immer er auch geführt werden mag, wenig Chancen haben. Da dieser Konflikt durch die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts zumindest verschärft worden ist, tragen wir eine besondere Verantwortung, an seiner Lösung mitzuarbeiten. Das entsprechende Engagement muss sich allein an den Menschenrechten und dem Völkerrecht orientieren. Letzten Endes entspricht nur eine solche Einstellung auch der gebotenen Solidarität mit Israel.

Zur Zeit ist Religion wieder mehr ein auch im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs ernst genommenes Thema. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Auf keinen Fall ist es ausgemacht, dass man jetzt von einer Renaissance der Religion reden könnte. Eher werden wir uns auf einen Pluralismus von religiösen und säkularen Haltungen einstellen müssen. Beim Dialog mit dem Islam sollte dies im Hinterkopf behalten werden. Die Entscheidung den Dialog mit der Aufklärung zu führen und der theologische Konsens, der unter uns über die Grundzüge der Ergebnisse dieses Dialogs besteht, muss nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden – auch wenn damit, dass der säkulare Humanismus immer mit am Tisch sitzt, das Gespräch mit dem Islam unter Umständen nicht leichter werden dürfte.

2. Wir sind der Meinung, dass die gegenwärtige globale Gewaltdynamik hauptsächlich von den westlichen Industriegesellschaften ausgeht, die zur Sicherung ihre industriellen Basis und des etablierten Lebensstiles ihrer Bevölkerungen sich der fossilen Brennstoffreserven im Nahen Osten, im transkaukasischen Raum und in Afrika versichern wollen. Völkerrecht und Menschenrechte werden dabei dem Sicherheitsinteresse des Westens immer offe-

ner untergeordnet. Diese Unterordnung wird mit einer imperialen Ideologie gerechtfertigt, die mittlerweile auch in Deutschland ihre Apologeten findet (z.B. Herfried Münkler, Die Welt braucht das Imperium, in: *Zeitzeichen* 2/2007).

Im ökumenischen Dialog, vor allem mit den Schwestern und Brüdern in den Kirchen der Dritten Welt, hatten wir uns darauf verständigt, dass die westliche Lebensform auch Produkt kolonialer Gewaltprozesse ist. In der sozialetischen Diskussion nach der – durch die vorausgegangene Christentumsgeschichte vorbereitete – großen deutschen Katastrophe haben wir die unbedingte und universale Gültigkeit der Menschenrechte anerkannt. Eine ethische Rechtfertigung der Sicherung der westlichen Lebensform mit militärischen Mitteln ist damit ausgeschlossen. Auch können wir die Ungleichheit der Menschen, die das imperiale Projekt voraussetzen würde, nicht mehr vertreten.

Wir erinnern noch einmal an den Grundsatz der Quäker „Speak truth to power.“ Die politische Macht mit der Wahrheit konfrontieren, die sie nicht hören kann oder will, ist Teil der christlichen Weltverantwortung. Bei der Beurteilung der Dinge können wir uns nie auf die fraglose Kompetenz einer öffentlichen Instanz berufen. Da die Wahrnehmung der Dinge von Interessen beeinflusst oder gar gesteuert wird, gehört das geistesgegenwärtige Eintreten in den Streit um die Tatsachen des gegenwärtigen politischen Prozesses mit zum Friedensdienst der Kirchen.

3. Die Verfasser des „Appells“ meinten, der konkrete Ruf aus der ökumenischen Bewegung zur Wahrnehmung von Weltverantwortung sei in der Vergangenheit in Deutschland nicht aufgenommen worden, weil die theologische Begründung nicht überzeugend gewesen sei. Liegt hier nicht ein intellektualistisches Missverständnis vor? Könnte es nicht auch sein, dass die Bindungen der Kirchen an die dominierenden ökonomischen und politischen Kräfte in Deutschland so stark waren, dass ein Befreiung aus diesen Bindungen zunächst einmal auf der Ebene der Institutionen nicht möglich war?

Wir dürften dann nicht allzu viel allein von der überzeugenderen Formulierung und der besseren Erklärung erwarten. Alles hängt dann vielmehr in der erster Linie daran, dass wir konkrete Schritte der Nachfolge aus den falschen Bindungen heraus wagen und uns gegenseitig zumuten. Der von Heino Falcke in die Diskussion geworfene Begriff Lernen

durch „Konfliktinszenierung“ hat hier seine Bedeutung. Dann wäre es aber wichtig, möglichst schnell in den weiteren Arbeitsprozess am „Appell“ gezielt Gruppen einzubeziehen, die bereits an einer solchen Konfliktinszenierung arbeiten.

Letztlich wird alles daran hängen, ob es gelingt, in Gemeinden und Gruppen einen Befreiungsprozess zur neuen Übernahme von Weltverantwortung zu initiieren, der dann auf Landeskirchen, EKD und Theologie überspringt.

## EKD-Handreichung: „Klarheit und gute Nachbarschaft“

Bezug: „Appell aus Baden – Was jetzt dringlich ist ...“

10. Juli 2007

### An Synode und Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland

Frau Präses Barbara Rinke  
Herrn Ratsvorsitzenden Bischof Dr. Wolfgang Huber

Sehr geehrte Frau Präses, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,

am 9. und 10. Mai 2007 haben sich Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des „Appells aus Baden“ in der Evangelischen Akademie Bad Herrenalb u. a. mit der EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft – Christen und Muslime in Deutschland“ befasst. Sie kritisierten generell den dort gewählten Ansatz, fundamentale christliche Positionen als Voraussetzungen für den Dialog quasi festzuschreiben, die Muslime hingegen vor allem mit einem Verhaltenskodex und Forderungskatalog zu konfrontieren. Dabei werden christliche Idealvorstellungen einer fragwürdigen muslimischen Praxis gegenüber gestellt. Einem sinnvollen Dialog, der nachbarschaftlich nur auf gleicher Augenhöhe stattfinden kann, wird damit von vornherein die Grundlage entzogen.

Durch die Handreichung werden fundamentalistische Positionen bestärkt und das insgesamt gute Zusammenleben von Muslimen und Christen in Deutschland wird erschwert.

Konkret ist Folgendes nicht zu akzeptieren:

- In wichtigen Punkten fehlt es der Handreichung an theologischer Klarheit. So werden Rechtfertigungs- und Trinitätslehre als Abgrenzungen aufgerufen, aber weder für christliche und muslimische Gemeinden erklärt noch auf ihre heutige Bedeutung und Tragfähigkeit hin befragt und in die Gegenwart hinein „übersetzt“. Der in diesem Zusammenhang mehrfach wiederholte Hinweis auf die „Wahrheit Gottes“, die auch in der Begegnung mit Muslimen „nicht relativiert“ werden darf, unterscheidet nicht zwischen dem christlichen Selbstverständnis und dem Anspruch gegenüber anderen. Das weckt – wie auch andere Passagen der Handreichung – den Verdacht des Alleinvertretungsanspruchs und dient damit weder der theologischen Klarheit noch dem Bemühen um gute Nachbarschaft.

- Die Handreichung geht davon aus, dass die islamische Gottesvorstellung eine andere ist, als die christliche: „Ihr Herz werden Christen jedoch schwerlich an einen Gott hängen können, wie ihn der Koran beschreibt und wie ihn Muslime verehren.“ (S.19)

Zweifellos ist das Gottesverständnis im Islam und Christentum unterschiedlich. Muslime beten aber ebenfalls zu dem Gott, der sich Israel durch Abraham, Mose und die Propheten und darüber hinaus den Menschen durch Jesus von Nazareth zugewendet hat. Es hätte der Klarheit und guten Nachbarschaft gedient, die gemeinsamen Wurzeln der Gottesvorstellungen ebenso gründlich zu bedenken wie die Unterschiede.

- Die Formulierung auf Seite 16 „Einladung und Bitten sind die Grundformen christlicher Mission, ...“ wird von Muslimen so verstanden, dass hinter jeder Einladung durch evangelische Christen eine Missionsabsicht steckt. Angesichts der Missionsgeschichte weckt das Erinnerungen, die eine gute Nachbarschaft belasten. Die kritischen Reaktionen von muslimischer Seite auf die Handreichung haben deutlich gezeigt, dass das Missionsverständnis – auf beiden Seiten! – einer der schwierigsten Punkte im christlich-islamischen Dialog ist. Deshalb bedarf es hier beiderseits großer Geduld und Sensibilität. Apodiktische Aussagen wie in der Handreichung sind kontraproduktiv.
- Die Handreichung sagt nichts zur Überwindung islamfeindlicher Einstellungen, von denen nach verschiedenen Untersuchungen über 70 Prozent der deutschen Bevölkerung geprägt sind. Dass Christen besonders berufen wären, in dieser schwierigen Frage differenziertere Sichtweisen anzumahnen und vorzuleben, wird nirgends erkennbar.
- In der Handreichung wird die Position des Rates der EKD vom 10. Oktober 2003 ausdrücklich bekräftigt: „Wenn eine muslimische Bewerberin für eine Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen unter Berufung auf ihre Religionsfreiheit im Dienst ein Kopftuch tragen will, begründet ihr Verhalten angesichts der Bedeutung des Kopftuchs im Islam Zweifel an ihrer Eignung als Lehrerin an einer staatlichen Schule.“ (Seite 63) Damit werden be-

reits tätige Lehrerinnen und Lehramtsanwärterinnen mit Kopftuch in nicht akzeptabler Weise pauschal diskriminiert, und die Tür für vernünftige gemeinsame Gespräche zur Lösung dieses komplexen Problems ist erst einmal wieder zugeschlagen.

Diese Beispiele könnten durch viele andere ergänzt werden. Sie setzen die Handreichung insgesamt dem Verdacht aus, dass ihren Autoren die „Klarheit“ der eigenen Positionen wichtiger war als der Beitrag zu „guter Nachbarschaft“. Auch wer der heftigen Kritik seitens muslimischer Verbände nicht in allen Punkten zustimmt, kann erkennen, dass die mühsamen Kommunikationswege zwischen den hier lebenden Muslimen und der EKD durch dieses Papier erneut belastet worden sind. Ob und wie sie nach dem Treffen am 30. Mai 2007 wieder belebt werden können, hängt nicht zuletzt von einer veränderten Gesprächsfähigkeit der EKD ab. Die notwendig wachsende „Konflikthaltigkeit“ des Dialogs (Bischof Dr. Ulrich Fischer) bedarf größerer Bereitschaft zum gegenseitigen Verständnis als bisher. Richtschnur sollte die Mahnung von Kirchentagspräsident Dr. Reinhard Höppner sein: „Es reicht nicht, sich gegenseitig anzusehen und Unterschiede festzustellen“.

Die Unterzeichnenden bitten Rat und Synode der EKD dringend, in weiteren Veröffentlichungen und Gesprä-

f.d.R.: Hans-Joachim Girock, Köhlerweg 10, 76534 Baden-Baden; Tel. 07221/66474, Fax: /66520, eMail: hgirock@gmx.de

## Afghanistan

### So werden Gegner von morgen gezüchtet

taz vom 6.2.2007, S. 7, 126 Z. (Interview), Wolf Schmidt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer ist strikt gegen den Einsatz deutscher Tornado-Flugzeuge im Süden Afghanistans. Seine Sorge: Die Bundeswehr würde in Kämpfe der USA verwickelt, die er für „völkerrechtswidrig“ hält.

**taz:** Herr Wimmer, Sie kommen gerade von einer Afghanistanreise zurück. Teilen Sie die Einschätzung, dass dort eine „Irakisierung“ stattfindet?

**Willy Wimmer:** Das kann man schon seit langem beobachten. Die Kampfhandlungen werden zunehmend von dem bestimmt, was man aus dem Irak kennt: Bombenanschläge, Selbstmordattentate. Und wie die Aufständischen im Irak werden auch die Taliban aus dem Ausland unterstützt: aus Saudi-Arabien, Pakistan, Jordanien, den Golfstaaten.

**taz:** Die Lage verschlechtert sich zunehmend. Das ist auch ein Grund, warum die Nato deutsche Aufklärungsflugzeuge anfordert. Am Mittwoch entscheidet

chen mit Muslimen die genannten Einwände aufzugreifen und den notwendigen Dialog in diesem Sinne zu führen. Dabei halten sie die Einbeziehung von Menschen, die sich auf Gemeindeebene, wissenschaftlich, medial und kulturell aktiv und kontinuierlich am Dialog beteiligen, für unabdingbar.

Prof. Dr. Peter Bannasch, Wilhelmsfeld; Pfr. Dietrich Becker-Hinrichs, Bretten; Pfr. i.R. Hans Ulrich Carl, Baden-Baden; Prof. Dr. Gottfried Gerner-Wolfhard, Karlsruhe; Hans-Joachim Girock, Baden-Baden; Dr. Dirk Harmsen, Karlsruhe; Pfr. i.R. Gerd Henschen, Bad Honnef; Prof. Dr. Klaus-Peter Jörns, Berg 1; Prof. Dr. Wolf-Dieter Just, Bochum; Pfarrerin Ulrike Krumm, Karlsruhe; Pfr. i.R. Dr. Gerhard Liedke, Heidelberg; Pfr. i.R. Dr. Ulrich Lochmann, Rheinstetten; KR i.R. Hans-Joachim Mack, Karlsruhe; Hans u. Christa Mann, Pforzheim; Pfr. i.R. Dr. Jürgen Micksch, Darmstadt; Pfr. i.R. Karl Ritsert, Karlsruhe; Pfr. i.R. Werner Ross, Rheinfelden; Pfr. Herwig Sander, Juist; Pfr. i.R. Dr. Albert Schäfer, Hamburg; Pfr./Dekan i.R. Hans Martin Schäfer, Pforzheim; Pfr. Wolfgang Schmidt, Freiburg; Pfr. Dr. Christian Stahmann, Emmendingen; Prof. Dr. Martin Stöhr, Bad Vilbel; Dr. Wilhelm Wille, Ehrenkirchen; KR i.R. Hans Dieter Wolfinger, Pforzheim; Pfr. Dietrich Zeilinger, Karlsruhe; Pfr. i.R. Dr. Jörg Zink

das Kabinett, danach der Bundestag. Sie sagen, mit den Tornados befänden sich deutsche Piloten „auf dem direkten Flug nach Den Haag“, also zum Internationalen Strafgerichtshof. Übertreiben Sie da nicht?

**Willy Wimmer:** Die US-Truppen gehen unterschiedslos gegen die Zivilbevölkerung vor. Weil sie nicht unterscheiden können, ob es sich bei dem Kämpfer um einen Taliban handelt oder einen Stammesangehörigen, der traditionsgemäß mit seiner Kalaschnikow herumläuft. Unterschiedslose Kriegsführung ist ein eklatanter Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht. Wenn wir mit Aufklärungsmitteln dazu beitragen, dass Dörfer plattgemacht werden, hängen wir da mit drin.

**taz:** SPD-Chef Beck behauptet, es gebe keinen deutschen Kurswechsel hin zur Militäroffensive. Die Tornados dienen dem Schutz der Bevölkerung.

**Willy Wimmer:** Es ist besser, man betrachtet die Situation vor Ort, als in Deutschland Erklärungen ab-

zugeben, die von der Wirklichkeit in Afghanistan nicht gedeckt werden.

**taz:** Man kann also die stabilisierende ISAF-Mission der Nato nicht vom blutigen Antiterrorkampf „Operation Enduring Freedom“ im pakistanischen Grenzgebiet trennen?

**Willy Wimmer:** Ich halte wenig davon, das eine und das andere Mandat zu betrachten und sich dann über einzelne Sätze und Kommata zu unterhalten. Die USA führen im Süden Afghanistans gegen die Paschtunen Kampfhandlungen durch, die den Grund dafür liefern, dass die Gegner von morgen herangezüchtet werden. Den Leuten bleibt nichts anderes übrig als zu kämpfen.

**taz:** Würde ein Einsatz von Tornados im Süden auch die Bundeswehr im Norden gefährden?

**Willy Wimmer:** Davor warne ich schon lange. Wenn wir uns im Süden gegen die Paschtunen einsetzen oder eingesetzt werden, gefährden wir das, was wir an Stabilität im Norden geschaffen haben, da die Paschtunen auch im Norden siedeln. Wir wollen doch nicht ganz Afghanistan dadurch in Brand setzen, dass wir einem solchen Mandat nachkommen. Zudem fällt auf, dass die USA selber über Aufklärungsfähigkeiten verfügen, aber keines ihrer Flugzeuge der ISAF unterstellt haben.

## Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze!

„... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ (Wolfgang Borchert, 1947)

Demonstration „Bundeswehr raus aus Afghanistan“, Berlin, 15 September 2007

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze – Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau – sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen – und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen

**taz:** Ein Parteifreund hat Ihre Äußerungen als „nicht erträglich“ bezeichnet. Gefallen Sie sich in der Rolle des außenpolitischen Außenseiters?

**Willy Wimmer:** Ich habe nicht das Gefühl, ein Außenseiter zu sein. Ich kenne die Fraktionsdebatten. Andere sehen das ähnlich kritisch wie ich.

**taz:** Sie rechnen also noch mit hitzigen Bundestagsdebatten?

**Willy Wimmer:** Die Bundesregierung wird an einem nicht vorbeikommen. Sie wird, wenn sie dem Parlament mit einem Vorschlag kommt, alle Unklarheiten ausräumen müssen. Dazu gehören auch die völkerrechtlichen Bedenken.

**taz:** Sie wollen die deutschen Soldaten am liebsten sofort abziehen. Und das Land seinem Schicksal überlassen?

**Willy Wimmer:** Was in Afghanistan not tut, ist Politik, ist Dialog mit den Stämmen. Genau das, was die Amerikaner nicht wollen. Ich war von Anfang an gegen den Einsatz in Afghanistan, weil die Taliban eine amerikanisch-saudische Schöpfung sind. Es macht keinen Sinn, gegen selbst geschaffene Bedrohungen anschließend die Bundeswehr einsetzen zu müssen.

Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für hu-

manitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die

## Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport

### Skandal ohne Grenzen – den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!

Trotz aller gesetzgeberischen und politischen Vorkehrungen stiegen die deutschen Waffenexporte in den vergangenen Jahren stetig – zuletzt sogar rasant – an. Wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI errechnete, steigerte Deutschland den Export konventioneller Waffen von 1,5 Milliarden Dollar im Jahre 2005 auf – sage und schreibe – 3,8 Milliarden im Jahre 2006. Damit avancierte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt. Gleich hinter den USA und Russland. So geschehen 17 Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung und trotz eines weitgehend befriedeten europäischen Kontinents. Dieser dramatische Zuwachs ist nicht im Mindesten nachvollziehbar.

Mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ verfügt die Bundesrepublik Deutschland zwar über ein im internationalen Vergleich als restriktiv geltendes Rüstungsexportkontrollregime, aber diese Regelungen haben den Skandal ohne Grenzen nicht verhindert.

Führender Empfänger deutscher Waffen sind Staaten, die kriegerische Konflikte führen. Ein bedeutender Anteil der deutschen Waffentransfers erfolgt ausgerechnet in die Entwicklungsländer, die Entwicklungshilfe beziehen. In beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an Länder in Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas verkauft. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und nicht an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern, offensichtlich zunehmend missachtet. Häufig verschwinden die Waffen in staatlich unkontrollierbaren Grauzonen von Bürgerkriegskonflikten. Denn Reexporte an Drittstaaten werden de facto nicht kontrolliert. Mit großer Sorge verfolgen wir auch Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Waffen.

Laut Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sterben rund 95 Prozent aller Opfer durch so genannte „Kleinwaffen“, also Gewehre, Pistolen, Mörser und Minen. Deutschland zählt seit Jahren zu den führenden Kleinwaffenexporteuren weltweit.

Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

- Wir sehen in der Entwicklung der deutschen Waffenexporte einen Skandal ohne Grenzen.
- Wir fordern, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten wird. Ziel deutscher Politik muss eine Welt sein, in der Konflikte mit zivilen Mitteln gelöst werden.
- Die Bundesregierung darf sich nicht länger von dem Totschlagargument irreführen lassen, deutsche Arbeitsplätze müssten gesichert werden. Diese Behauptung ist unzutreffend: Mit dem Geld, das für staatliche Subventionen an die deutsche Rüstungsindustrie und für Waffenkäufe aufgewendet wird, könnten ungleich mehr Arbeitsplätze im Zivilbereich geschaffen werden.
- Die Bundesregierung soll sich auch nicht mit dem Argument beruhigen, im Falle eines deutschen Rückzugs würden eben andere die Waffen liefern. Steigt Deutschland aus dem Geschäft mit dem Tod aus, so kann dies eine positive Signalwirkung für andere rüstungsexportierende Staaten haben.
- Wir fordern die Mitglieder der Bundesregierung, des geheim tagenden Bundessicherheitsrates und die Parlamentarier nachdrücklich auf, sich auf ihre friedensethische Verantwortung zu besinnen.
- Wir fordern sie auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, den Export von Waffen und Munition äußerst restriktiv zu handhaben.
- Wir fordern die Bundesregierung zum vollständigen Verzicht auf staatliche Absicherungen von Rüstungsgeschäften auf (Hermes-Bürgschaften).
- Wir fordern mehr Transparenz: Bundestag und Öffentlichkeit müssen vor den Entscheidungen über Rüstungsexporte informiert werden.
- Wir fordern von den deutschen Rüstungsunternehmen den Verzicht auf den Ausbau von Produktionskapazitäten zur Systemführerschaft. Stattdessen sollten die Vorstände der waffenproduzierenden Unternehmen zur Sicherung der Arbeitsplätze umgehend Maßnahmen der Konversion einleiten, also der Umstellung der militärischen auf eine sinnvolle zivile Fertigung.

**Erstunterzeichner/innen:**

Prof. Dr. Wolfram Wette, Historiker, SPD Waldkirch, Dr. Bernhard Moltmann, Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexportpolitik der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE), Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS), Jürgen Höfflin, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Südbaden (DGB), Sabine Wölfle, Vorsitzende der SPD Waldkirch, Stephan Möhrle, Vorstandsmitglied im RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Paul Russmann, Geschäftsführer der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Fabian Sieber, in Vertretung des Generalsekretärs der deutschen Sektion von Pax Christi, Markus Weber, Geschäftsführer der Bistumsstelle Pax Christi Freiburg, Prof. Dr. Herbert Schweizer, Katholische Arbeiterbewegung (KAB), Christoph Bayer, SPD-Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg, Dietrich Elchlepp, MdEP a.D., SPD, Alexander Kauz, Die Linke und viele andere mehr.

Weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind willkommen.

**Für inhaltliche Nachfragen stehen zur Verfügung:**

- Prof. Dr. Wolfram Wette, wettewolf@aol.com
- Jürgen Grässlin, Tel. 0761-76 78 208, Mob. 0170-611 37 59, j.graesslin@gmx.de

**Ansprechpartnerin für Rückmeldungen neuer Unterstützer/innen und weitere Unterschriftslisten:**

- Sabine Wölfle, Tel. 07681-49 14 85, sabine.woelfle@spd-waldkirch.de

**Israel/Palästina****Kirchen gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten**

Ökumenischer Rat der Kirchen – Internationale Friedenskonferenz, Amman, Jordanien, 18. – 20. Juni 2007

**Die Imperative von Amman**

Fast 60 Jahre sind vergangen, seit sich die christlichen Kirchen zum ersten Mal mit einer Stimme zum arabisch-israelischen Frieden geäußert haben. Im Lauf der vergangenen 40 Jahre haben sie sich immer wieder für die Beendigung der israelischen Besetzung Palästinas eingesetzt. Dort, wo Jesus Christus gelebt hat, trennt jetzt eine Mauer die Familien, und die Kinder Gottes – Christen, Muslime und Juden – sind in einer sich immer schneller drehenden Spirale von Gewalt, Demütigung und Verzweiflung gefangen. Palästinensische Christen und Christinnen von Gaza bis Jerusalem und Nazareth haben sich mit einem dringenden Appell an ihre Brüder und Schwestern in Christus gewandt: „Wir wollen keine leeren Worte mehr. Es ist Zeit zu handeln!“

Wir begrüßen die prophetische Stellungnahme der Kirchenführer in Jerusalem, die zum rechten Zeitpunkt kommt. Wir bestätigen, dass „die Kirchen Teil des Konfliktes sind, weil die Kirchen nicht schweigen dürfen, solange es noch Leiden gibt. Die Rolle der Kirchen ist es, zu heilen und alle Seiten miteinander zu versöhnen.“ Unser Glaube an Gott hält uns an, „alle Kinder Gottes in allen Religionen und politischen Parteien zu respektieren“. Wir versichern die Kirchen in Palästina und Israel unserer Gebete, unserer Zusammenarbeit und unserer Ressourcen.

Daher bekräftigen wir, die Vertreter und Vertreterinnen christlicher Kirchen und kirchlicher Organisationen, die von „allen Enden der Erde“ in Amman, Jordanien, vom 18. – 20. Juni 2007 zusammengekommen sind – in Tagen, in denen sich die Krise in den besetzten palästinensischen Gebieten noch verschärft hat und in denen auch der Internationale Flüchtlingstag der Vereinten Nationen begangen wird –, die Beschlussfassung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen und eröffnen das „Ökumenische Forum für Palästina und Israel“ als ein Instrument, um *„neue und bestehende Friedensinitiativen der Kirchen, die auf die Beendigung der rechtswidrigen Besetzung in Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen abzielen, anzuregen und zu koordinieren und dem Engagement für interreligiöses Handeln im Dienst von Frieden und Gerechtigkeit zum Wohl aller Völker der Region Ausdruck zu verleihen.“*

Dieser Beschluss ist eine Antwort auf drei grundlegenden Imperative, die uns zum Handeln aufrufen:

- Der ethische und theologische Imperativ, uns für einen gerechten Frieden einzusetzen.
- Der ökumenische Imperativ zur Einheit im Handeln.
- Der Imperativ des Evangeliums zu teurer Solidarität.

Die Arbeit des Forums beruht auf folgenden Voraussetzungen:

- Die UN-Resolutionen müssen die Grundlage für den Frieden bilden und die Genfer Konventionen Anwendung finden, um die Rechte und Pflichten der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.
- Die Palästinenser haben das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr.
- Eine Zwei-Staaten-Lösung muss politisch, geografisch, wirtschaftlich und sozial lebensfähig sein.
- Jerusalem muss für die beiden Völker und drei Religionen eine offene, zugängliche, integrative und gemeinsame Stadt sein.
- Sowohl Palästina als auch Israel haben legitime Sicherheitsbedürfnisse.
- Die israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sind rechtswidrig und stellen ein Hindernis für den Frieden dar.
- Die von Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten errichtete „Trennmauer“ ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und muss aus den besetzten Gebieten wieder entfernt werden.
- Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt. Gewalt in allen ihren Formen, ob sie vonseiten der Israelis oder der Palästinenser ausgeübt wird, kann nicht gerechtfertigt werden.
- Ein umfassender Frieden in der Region ist an einen gerechten Frieden in Israel und Palästina gebunden.
- Das Leben und Zeugnis der lokalen Kirchen ist von zentraler Bedeutung für die weltweite Fürsprachearbeit der Kirchen für einen gerechten Frieden.

Wir verstehen das Mandat des Ökumenischen Forums für Palästina und Israel als einen Rahmen, in dem wir umfassende strategische Ansätze zu den Prozessen der Friedensstiftung und Friedenskonsolidierung entwickeln können.

Eine integrative Kerngruppe, die baldmöglichst vom Ökumenischen Rat der Kirchen einberufen wird, soll beauftragt werden, diese Aufgabe zu erleichtern und eine verbesserte Koordination zwischen allen Akteuren sicherzustellen. Die Kerngruppe wird sich auf die Berichte der Arbeitsgruppen der Amman-Konferenz stützen. Ihre Zusammensetzung und ihr Funktionsmechanismus werden vom Ökumenischen Rat der Kirchen definiert und angekündigt.

Zur Friedenskonsolidierung gehören:

- Förderung theologischer und biblischer Perspektiven sowie christlichen Bildungsmaterials zu Themen, die im Mittelpunkt des Konflikts stehen.
- Entwicklung von Strategien, die den Prozess von Gerechtigkeit und Versöhnung unterstützen, einschließlich des interreligiösen Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit.
- Stärkung der kirchlichen Reaktionen auf die Besetzung.
- Anerkennung und Ermutigung aller Bemühungen der israelischen und der palästinensischen Zivilgesellschaft, die mit der Vision und Zielsetzung des Ökumenischen Forums Palästina-Israel im Einklang stehen, sowie Zusammenarbeit mit ihnen.

Zur Friedensstiftung gehören:

- Definition und Förderung von Maßnahmen, einschließlich wirtschaftlicher Maßnahmen, die zur Beendigung der Besetzung beitragen und nachhaltiges Wachstum und Entwicklung unterstützen könnten.
- Stärkung bestehender Bemühungen der Kirchen um aktive Solidarität und Herausstellen neuer Solidaritätsmodelle. Unterstützung der Kirchen und kirchlichen Organisationen vor Ort, damit sie nicht nur überleben und ihren mutigen und effizienten Dienst – darunter Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung, kulturelle und soziale Dienste – fortsetzen, sondern sich auch entfalten und Zeugen der Hoffnung sein können.
- Entwicklung einer langfristigen Strategie der Fürsprache und Lobbyarbeit, um das gesamte Spektrum unserer Mitgliedschaft zu mobilisieren und für Veränderung zu wirken.

### Herausforderungen von Amman

Wir haben die Stimmen der christlichen Kirchen von Palästina und Israel gehört, die uns mit folgenden Worten aufgefordert haben:

- Setzt euch mit uns dafür ein, alle Völker auf diesem Stück Erde aus der Logik von Hass, gegenseitiger Ablehnung und Tod zu befreien, damit sie im anderen das Antlitz und die Würde Gottes erkennen können.
- Betet mit uns, wenn wir uns bemühen, dem Bösen in allen seinen Erscheinungsformen zu widerstehen.
- Erhebt eure Stimmen mit uns, wenn wir den Mächtigen die Wahrheit sagen und mutig auf das Unrecht hinweisen, das wir sehen und erfahren. Die rechtswidrige Besetzung hat zwei Generationen der an diesem gequälten Ort lebenden Menschen das Leben gestohlen und bedroht die nächste mit Hoffnungslosigkeit und Wut.
- Riskiert es, beschimpft und verleumdet zu werden, und seid solidarisch mit uns und mit unseren palästinensischen Schwestern und Brüdern aller Glaubensrichtungen, wenn wir die Möglichkeit einer fortgesetzten Besetzung energisch zurückweisen.

- Helft uns, Mauern niederzureißen und Brücken zwischen allen Völkern der Region zu bauen und wiederaufzubauen. Extremismus auf allen Seiten kann nur Chaos bringen. Er droht, uns zu spalten und die Brücken zu zerstören, die zu Versöhnung und Frieden zwischen den Völkern führen könnten.
- Fügt eure Hoffnung der unseren hinzu in der Gewissheit, dass das Böse und die Verzweiflung durch den Tod unseres Herrn am Kreuz und durch seine Auferstehung überwunden sind.
- Besteht mit uns darauf, dass alle, die enteignet und vertrieben wurden, das Recht haben, zurückzukehren.
- Stellt euch an unserer Seite, wenn wir Frieden suchen und danach trachten. Frieden ist möglich. Christen und Muslime und Juden haben einander in der Vergangenheit verstanden und miteinander als Nachbarn gelebt und sie können und wollen das auch in Zukunft tun.

Darauf antworten wir, die Vertreter und Vertreterinnen christlicher Kirchen und kirchlicher Organisationen, die von allen Enden dieser Erde zusammengekommen sind:

- Ja, wir wollen an eurer Seite sein.

### Ich war auf all die Schrecken, die ich sah, nicht vorbereitet.

Interview mit Hedy Epstein von Silvia Cattori, 14. Juni 2007. Saint Louis – Missouri.

*Hedy Epstein ist heute 82 Jahre alt. Sie ist 1924 in Freiburg in Deutschland geboren<sup>1</sup> und lebte in Kippenheim, einem Dorf, das ungefähr 30 km nördlich von Freiburg liegt. Sie ist das einzige Kind ihrer Eltern, die in den Vernichtungslagern der Nazis gestorben sind. Sie kämpft unaufhörlich für die Rechte und für die Würde aller Menschen.*

*2003 hat Hedy sich entschlossen, nach Palästina zu gehen. Sie ist sehr schockiert zurückgekommen wegen der Dinge, die sie gesehen hat: palästinensische Frauen und Kinder ohne Verteidigung, ein misshandeltes Volk, das in Ghettos eingeschlossen ist.*

*Dort lernte sie alle Menschen zu lieben, die sie traf. Bei ihrer Rückkehr entschloss sie sich, als Zeugin für die Ungerechtigkeiten aufzutreten, die die Palästinenser erdulden, für die Enteignung ihres Landes und die Vertreibung der Palästinenser aus ihren Häusern, in denen sie seit Jahrhunderten gelebt hatten.*

*Kein Protest, nichts hat Israel bis jetzt daran gehindert, die Brutalitäten fortzusetzen, die es den Palästinensern zufügt. Hedy konnte im Gegenteil während ihrer Besuche in Palästina feststellen, dass die israelische Unterdrückung nicht aufhört, sondern sich zuspitzt. Sie hat sich dazu entschlossen, sich anderen*

- Wir wollen gemeinsam mit euch handeln und beten, mit einer Stimme sprechen, mit Euch zusammenarbeiten und unser Ansehen und Leben aufs Spiel setzen, um mit Euch Brücken für einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern auf diesem gefolterten und wunderbaren Stück Erde – Palästina und Israel – zu bauen, um jahrzehntelanger Ungerechtigkeit, Demütigung und Unsicherheit ein Ende zu setzen, um Jahrzehnte eines Lebens als Flüchtlinge und unter Besetzung zu beenden.
- Wir wollen mit euch zusammenarbeiten, um den Frieden zu suchen und danach zu streben.
- Wir haben es zugelassen, dass zu viel Zeit verstreicht. Die Zeit hat der Sache des Friedens nicht geholfen, sondern der Sache des Extremismus. Unser Anliegen duldet keinen Aufschub mehr!

Übersetzt aus dem Englischen Sprachendienst des ÖRK

© Ökumenischer Rat der Kirchen (page id:3748)

*Menschenrechtlern anzuschließen, die sich Ende des Sommers auf dem Schiff FREE GAZA<sup>2</sup> nach Gaza begeben werden. Ihr Ziel ist es, für die Palästinenser Gerechtigkeit zu verlangen und von den Israelis Wiedergutmachung für 60 Jahre Unterdrückung.*

**Silvia Cattori:** Sie haben Ihr ganzes Leben lang gekämpft, um den Schwachen zu helfen und Gerechtigkeit zu fordern. Seit 2003 haben Sie sich noch stärker engagiert und fordern besonders Gerechtigkeit für die Palästinenser. Ich verstehe das so, dass Sie gewisse Risiken eingehen, um der Weltöffentlichkeit die Verbrechen bewusst zu machen, die gegen die Palästinenser verübt werden!?

**Hedy Epstein:** Ich bin tatsächlich von den Organisatoren von FREE GAZA eingeladen worden und fühle mich durch diese Einladung sehr geehrt<sup>3</sup>.

**Silvia Cattori:** Mit palästinensischen, israelischen und internationalen Friedensaktivisten in die Gewässer von Gaza einzudringen, ist sicherlich ein großartiges Projekt. Aber ist dieses Unternehmen nicht voller Gefahren? Beunruhigt es Sie nicht, an solch einer Expedition teilzunehmen?

**Hedy Epstein:** Natürlich mache ich mir einige Sorgen. Aber kann mir das Leben garantieren, dass mir hier

nichts passiert? Sehen Sie, morgen früh beim Aufstehen könnte ich noch so verschlafen sein, dass ich stolpere, hin falle und mir den Rücken breche. Was soll ich machen, den Rest meines Lebens im Bett verbringen? Bestimmt nicht.

Es gibt keine Garantien im Leben. Vielleicht sollte man sich nicht in eine gefährliche Situation begeben. Meine Teilnahme ist nur ein kleiner Beitrag, verglichen mit den täglichen Leiden der Palästinenser. Wenn wir durch diese Aktion der Welt zeigen können, was sich dort abspielt, dann sind es die Schwierigkeiten wert, sich dorthin zu begeben. Ich bin 82 Jahre alt, ich habe meistens ein gutes Leben gelebt, was mir erlaubt, einen Beitrag zu leisten, bevor es zu spät ist.

**Silvia Cattori:** Die Reise dieses Schiffes nach Gaza fällt mit dem 60. Gedenktag der Abfahrt der *EXODUS* aus Marseille zusammen. Denken Sie nicht, dass man Sie wegen Ihrer Anwesenheit auf einem Schiff, das sich an die gleiche Stelle begibt wie die *EXODUS*, kritisieren wird?

**Hedy Epstein:** Nein. Das, was ich mache, ist das, woran ich glaube und dafür trete ich ein. In gewissen Kreisen, besonders innerhalb der vorherrschenden Strömung der jüdischen Gemeinschaft, hält man mich für eine Verräterin, eine Jüdin „mit jüdischem Selbsthass“. Das ist Unsinn. Ich habe keinen Selbsthass! Vor einigen Jahren hat mir der Direktor einer jüdischen Tageszeitung gesagt, dass ich nicht nach Palästina hätte gehen sollen. Ich hätte besser als Freiwillige nach Israel in ein Krankenhaus gehen sollen, wo Opfer von palästinensischen Selbstmordattentaten behandelt werden.

Ich habe ihm geantwortet, dass ich glücklich wäre, als Freiwillige dort zu arbeiten, aber würde er auch akzeptieren, in ein palästinensisches Krankenhaus zu gehen, um dort den Leuten zu helfen, die infolge israelischer Aggressionen verletzt worden sind, während ich in einem israelischen Krankenhaus helfe? Er antwortete entsetzt: „In Palästina?“. Ich sagte ihm: „Ja, ich war dort, also können auch Sie dorthin gehen. Wenn Sie es tun, werde ich glücklich sein, in einem israelischen Krankenhaus zu arbeiten.“ Das war vor mehreren Jahren und ich habe nie mehr etwas von ihm gehört.

**Silvia Cattori:** Warum haben Sie sich ausgesucht, sich für eine Sache einzusetzen, gegen die fast alle Israelis sind?

**Hedy Epstein:** Erlauben Sie mir, Ihnen ein wenig über meine Vergangenheit zu erzählen und Sie werden verstehen, warum ich heute hier bin. Ich bin in einer jüdischen Familie in Deutschland geboren. Ich war acht Jahre alt, als Hitler an die Macht gelangte. Meine El-

tern verstanden schnell, dass Deutschland kein sicherer Ort mehr für eine Familie war. Sie waren bereit, irgendwo hinzugehen und haben verzweifelt versucht, wegzukommen. Sie wären aber NIE nach Palästina gegangen, weil sie leidenschaftliche Antizionisten waren.

Damals verstand ich nicht, was Zionismus war und was es bedeutete, Antizionist zu sein. Ich wusste aber, dass es in meinem Dorf, in Kippenheim im Südwesten von Deutschland, eine Gruppe junger Zionisten gab und dass meine Eltern mir nicht erlaubten, an ihr teilzunehmen. Ich war das einzige jüdische Kind in diesem Dorf, das nicht zu dieser Gruppe gehörte. Da meine Eltern glühende Antizionisten waren und obwohl ich nicht verstand, was es wirklich bedeutete, war auch ich eine glühende Antizionistin.

Dank der starken Liebe meiner Eltern konnte ich später, 1939, Deutschland mit einem Kindertransport in Richtung England verlassen. Ich sah meine Eltern und meine Familienangehörigen zum letzten Mal am Tag meiner Abfahrt, im Mai 1939. Sie sind alle in den Lagern gestorben. Im Mai 1948, fast zum gleichen Zeitpunkt, als Israel ein Staat wurde, kam ich in die USA.

Ich hatte in diesem Zusammenhang gemischte Gefühle. Einerseits war ich sehr glücklich, dass es einen Ort gab, wo die Menschen hingehen können, die den Holocaust überlebt hatten und die vielleicht nicht zu ihren Heimorten zurückkehren wollten oder konnten. Andererseits erinnerte ich mich an den leidenschaftlichen Antizionismus meiner Eltern. Ich befürchtete, dass daraus nichts Gutes entstehen konnte. Ich konnte mir aber nicht vorstellen, wie es einmal sein würde. Damals war ich gerade in den USA angekommen und musste viel Neues lernen. Israel war eines meiner geringsten Interessen und das hat sich für einige Jahre nicht geändert.

Den Schock, der mich persönlich aufgeweckt hat, erlitt ich 1982: die schrecklichen Massaker in den zwei Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila im Libanon. Ich musste verstehen, was diese Tragödie bedeutet, warum sie stattfand und wer dafür verantwortlich war. Nachdem ich die Tragödie begriffen hatte, wollte ich mehr wissen, auch darüber, was sich zwischen der Staatsgründung Israels 1948 und 1982 in Sabra und Chatila ereignet hatte. Je mehr ich darüber lernte, desto mehr verwirrten mich die Handlungen der israelische Regierung, die in meinem Namen handelte.

Je mehr ich verstand, umso mehr redete ich in der Öffentlichkeit über die Politik und die Praxis der israelischen Regierung in Bezug auf das palästinensische Volk. Im Dezember 2003 ging ich dann nach Palästina.

**Silvia Cattori:** Waren Sie vorher nie in Israel?

**Hedy Epstein:** Ich war 1981 in Israel, um am ersten internationalen Treffen der Holocaust-Überlebenden teilzunehmen – und wahrscheinlich auch am einzigen. Es war für mich keine schöne Erfahrung. Ich habe entdeckt, dass die Überlebenden, die an diesem Treffen teilnahmen, in einer Art von Konkurrenzkampf untereinander waren. Wer hatte am meisten gelitten! Sie fragten: „In welchem Lager waren Sie?“ Und ohne auf die Antwort der Person zu warten, sagten sie: „Oh, da wo Sie waren, war ja nichts; es war wesentlich schlimmer da, wo ich war!“ Warum sollte man sich darüber streiten, wer am meisten gelitten hat? Jeder von ihnen hatte gelitten und sicherlich gab es einige unter ihnen, die mehr gelitten hatten als andere, aber darüber kann man nicht streiten.

Man hat mit uns eine Busreise gemacht und die Leute im Bus fragten:

„Wer lebt an diesem Ort?“

„Es sind Juden“.

„Oh, hervorragend, die Gärten sind herrlich. Und wer lebt hier?“

„Es sind Palästinenser“

„Oh, es stinkt, es riecht nicht gut, es ist schrecklich und schmutzig“.

Die Busfenster waren in der Tat zu und selbst, wenn sie geöffnet gewesen wären, hätte man nichts im Bus riechen können. Diese Art von Diskriminierung und von Kommentaren über Palästinenser, die sie noch nicht einmal kannten, störte mich. Deshalb war es keine glückliche Erfahrung für mich. Sie hinterließ in mir einen sehr schlechten Eindruck und ich bin nie zurückkehrt.

Im September 2003 habe ich in Saint Louis, Missouri, an einer wöchentlichen Mahnwache gegen den Irakkrieg teilgenommen. Wir hatten lange vor dem Beginn des Krieges, kurz nach dem 11. September, jeden Sonntag diese Wache begonnen. Eine von meinen Freundinnen neben mir hat mich gefragt: „Haben Sie nie daran gedacht, nach Palästina zu gehen?“

Ich war sowohl schockiert als auch überrascht über meine Antwort: „Ja, ich gehe dorthin“. Ich hatte tatsächlich keinen Plan, um mich dorthin zu begeben, aber vielleicht dachte ich im Unterbewusstsein schon lange daran und hatte mich innerlich vorbereitet, dahin zu gehen. Im Dezember 2003 sind wir – die Freundin, die mir die Frage gestellt hatte, zwei andere Frauen und ich selbst – zum ersten Mal in Palästina gewesen. Ich kehrte im Jahre 2004, 2005 und 2006 dorthin zurück und hoffe, dieses Jahr nach Gaza zu gehen.

**Silvia Cattori:** War es für Sie eine schwierige Erfahrung?

**Hedy Epstein:** Ich war wirklich nicht auf alle Schrecken, die ich sah, vorbereitet. Zum Beispiel hatte ich über die Checkpoints gehört. Ich dachte, dass ein Checkpoint so eine Art von Autobahngeldposten wäre, wie in den USA. Es hat überhaupt nichts damit zu tun. Und wenn ich zurückkam, war es jedes Mal schlimmer. Jetzt erinnern sie mich an eine Art Sammelstelle für Tiere, die man ins Schlachthaus führt, genauso erniedrigend.

Erlauben Sie mir, eine Erfahrung mit Ihnen zu teilen, die ich hatte, als ich das erste Mal nach Palästina kam. Wir waren an einem Checkpoint in der Nähe von Ramallah. Ein israelischer Reservist, ungefähr vierzig oder Anfang fünfzig, stellte mir einige Fragen. Er hat sich meinen Pass angeschaut und dann hat er mich gefragt, ob ich Jüdin sei und ich habe ihm geantwortet: ja. Dann fragte er mich, ob ich jemals in Ramallah gewesen bin. Noch bevor ich antworten konnte, sagte er zu mir in einem sehr verärgerten Ton: „Wissen Sie nicht, dass jeder Jude, der nach Ramallah geht, zerstückelt wird?“ Viermal hat er mit seinen Händen in Taillenhöhe die Geste von „in Stücke schneiden“ gemacht und viermal wiederholte er: „Sich in Stücke schneiden lassen“.

Ich kam aber gerade aus Ramallah zurück, wo ich mich in zwei verschiedenen palästinensischen Familien aufgehalten hatte und wo ich ganz offensichtlich nicht in Stücke geschnitten worden war. In Wirklichkeit hat die Gastfreundschaft dieser beiden Familien und ebenso anderer palästinensischer Familien an anderen Orten nichts mit der Gastfreundschaft gemeinsam, die man von anderswo auf der Welt kennt. Ich habe jedes Mal von Anfang an erklärt, dass ich Jüdin bin und es machte nie auch nur den geringsten Unterschied. Wem auch immer ich begegnet bin, ob es sich um Familien handelte, mit denen ich gelebt habe oder um Leute auf der Straße, wenn ich ihnen sagte, dass ich Jüdin sei, hat das nie ihr Verhalten geändert. Sie, wie ich, lehnten es ab, Feinde zu sein. Meine echten Feinde sind die Israelis gewesen. Sie waren es, die mich erbärmlich und schmerzhaft behandelt haben.

**Silvia Cattori:** War es ein Schock für Sie zu entdecken, dass die israelischen Soldaten die Palästinenser auf so eine unmenschliche Art und Weise erniedrigen und misshandeln?

**Hedy Epstein:** Ja, das ist richtig. In gewisser Hinsicht bin ich traurig um die israelischen Soldaten, die in Palästina sind, wegen dem, was aus ihnen gemacht wird. Welche Sorte Männer werden sie sein, wenn sie einmal die Armee verlassen? Werden sie ihre Kinder, ihre Frauen misshandeln, weil sie sich angewöhnt haben,

die Palästinenser zu misshandeln? Das muss ihnen doch Schmerz bereiten. Die Besatzung und dieses Chaos, welches daraus entsteht, muss nicht nur im Interesse der Palästinenser, sondern auch im Interesse der Israelis aufhören.

**Silvia Cattori:** Sind Sie nicht selbst von der Polizei in Israel misshandelt worden?

**Hedy Epstein:** Ja. Im Januar 2004 befand ich mich am Flughafen Ben Gurion. Ich kam zusammen mit einer anderen Frau aus den besetzten Gebieten zurück. Am Flughafen hat uns der erste Sicherheitsbeamte, dem wir begegnet sind, getrennt. Er hat meine Freundin gebeten, nach rechts zu gehen und mich, nach links zu gehen. Ich versuchte, den Sinn dieses Befehls zu begreifen. Ich dachte, dass es vielleicht so war, weil meine Freundin christlichen Glaubens ist und dass die Christen nach rechts gehen müssen und die Juden nach links. Als ich an die Ausweiskontrolle kam und meinen Ausweis und mein Flugticket abgegeben hatte, tippte die dortige Angestellte etwas in ihren Computer und plötzlich standen, wie aus dem Boden geschossen, zwei Männer neben mir: „Wir sind Sicherheitsbeamte“. Da ihre Polizeimarken umgedreht waren, habe ich sie gefragt: „Wie heißen Sie?“, aber sie schwiegen.

Man hat mich zu einem Ort mitgenommen, über den ich später erfuhr, dass es sich um die Polizeiwache vom Flughafen handelte. Ich wurde aufgefordert, in eine kleine Kabine zu gehen, die in einen größeren Raum eingebaut war. Dort musste ich meine Schuhe ausziehen. Sie nahmen sie mit, um sie irgendwo zu röntgen. Man tastete meinen ganzen Körper ab, von oben bis unten, auch per Detektor, und dann hat man mich aufgefordert, mich zu entkleiden. Ich habe protestiert: „Sie haben nicht das Recht, das von mir zu verlangen, ich will einen Rechtsanwalt“. Die Frau hat mir geantwortet: „Natürlich können Sie einen Rechtsanwalt haben, aber Sie werden im Haftzentrum des Flughafens inhaftiert, bis Sie einen gefunden haben.“

Wie hätte ich einen Rechtsanwalt finden können, wo man mir doch mein Handy abgenommen hatte und ich keine Möglichkeit mehr hatte, jemanden zu kontaktieren? Das Schicksal meiner Freundin beunruhigte mich auch. Widerfuhr ihr dasselbe wie mir? Eine von uns musste hier raus, um der anderen zu helfen und vielleicht oblag es mir. Ich akzeptierte, mich zu entkleiden. Nicht nur, dass ich mich vor dieser jungen Frau, bestimmt nicht älter als 22, ausziehen musste, sondern nachdem ich es gemacht habe forderte sie mich auf, mich nach vorn zu beugen. Entrüstet fragte ich: „Warum?“, und sie hat zu mir gesagt: „Weil wir Sie von innen untersuchen müssen“. Niemals habe ich mich so zorn erfüllt und so zutiefst erschüttert gefühlt wie zu diesem Zeitpunkt. „Warum machen sie das?“ habe ich

gefragt. Sie hat geantwortet: „Weil Sie ein Terrorist sind, sind Sie ein Risiko für die Sicherheit.“

Während dieser Zeit untersuchten sie jeden Gegenstand in meinem Gepäck. Nachdem ich aus dieser Kabine herausgekommen war und mich wieder angezogen hatte, waren sie noch dabei, meine Sachen zu durchsuchen. Als sie das endlich beendend hatten, sagten sie zu mir: „Sie können Ihre Sachen wieder einpacken.“ Ich war so wütend, dass ich ihnen geantwortet habe: „Sie haben sie ausgepackt, packen Sie sie also wieder ein.“

Ich beobachtete ebenfalls, was sich mit anderen Menschen in dieser Polizeiwache ereignete. Da war eine junge Frau mit einem kleinen Baby von ungefähr sieben oder acht Monaten. Während sie ihr Gepäck durchsuchten, fing das Baby an zu weinen. Die Mutter wollte es mit der Nahrung, die sie dabei hatte, beruhigen. Sie lehnten aber ab, dass sie dem Baby Nahrung gab. Ich habe kurz mit ihr gesprochen und sie hat mir gesagt: „Ich bin Israelin, ich bin Jüdin, ich bin in Israel geboren, aber ich lebe in England und sie bestrafen mich und mein Baby, wahrscheinlich weil ich Israel verlassen habe.“

**Silvia Cattori:** Warum haben diese Polizeibeamten Sie so erniedrigend behandelt? Wollten sie Sie bestrafen, weil Sie auf der Seite der Palästinenser standen?

**Hedy Epstein:** Wahrscheinlich nicht nur, weil ich in Palästina war, sondern auch wegen dem, was ich dort unternahm und sah. Ich habe an Demonstrationen gegen die Besatzung teilgenommen und das macht aus mir, so nehme ich es an, ein Sicherheitsrisiko, also ein Terrorist. Die Israelis finden normalerweise, dass der friedliche und gewaltlose Widerstand Terrorismus ist. Ihre Antwort auf den friedlichen und gewaltlosen Widerstand ist, echten Terrorismus wie Tränengas gegen israelische, palästinensische und internationale Demonstranten einzusetzen. Sie verwenden Gummikugeln – oder nennen es so -, aber es sind keine Kugeln aus Gummi, es sind Metallkugeln, die töten können, mit einer sehr feinen Gummischicht überzogen. Sie verwenden auch Kriegsmunition und Wasserwerfer.

Als ich 2005 am gewaltlosen Widerstand im Dorf von Bil'in, Palästina, teilgenommen hatte, machte ich selbstverständlich erneut diese Erfahrung. Eine ohrenbetäubende Bombe ist genau neben mir explodiert, deswegen habe ich teilweise Gehörschäden.

Aber verglichen mit dem, was die Palästinenser jeden Tag, jede Nacht, jede Minute ertragen müssen, ist das nichts. Sie leben in einem Gefängnis, es sind Gefangene. Ich kann jedes Mal gehen, wann ich will. Die israelischen Sicherheitsbeamten können mich einige Stun-

den am Flughafen zurückhalten, aber letzten Endes kann ich gehen.

**Silvia Cattori:** Wie konnte man einer so charmanten Lady wie Ihnen so etwas antun? Waren Sie über die bei Ihnen angewendete Gewaltbehandlung bestürzt?

**Hedy Epstein:** Ja. Aber die Misshandlungen, die sie mir zugefügt haben, werden mich nicht abhalten. Sie wollten mich vielleicht entmutigen, nach Palästina zurückzugehen, aber natürlich bin ich zurückgegangen und ich werde weiterhin zurückgehen.

**Silvia Cattori:** Haben Ihnen die Menschen geglaubt, als Sie nach dieser mühsamen Prüfung in die USA zurückgekehrt sind und über das, was Sie gesehen und erlebt haben, berichteten?

**Hedy Epstein:** Einige glaubten, was ich Ihnen erzählte, aber in den Kreisen der dominierenden jüdischen Strömung gibt es solche, für die Israel immer das Opfer bleibt und die Palästinenser immer die Terroristen. Sie verstehen es nicht, sie stellen sich keine Fragen, denn sie wollen in Wirklichkeit nicht wissen, was sich dort ereignet. Ich habe mich für die Palästinenser eingesetzt und alle haben mich gebeten: „Wenn Sie in die USA zurückkehren, erklären Sie bitte dem amerikanischen Volk, was Sie gesehen und erlebt haben“.

Ich bin also dieses Engagement eingegangen und ergreife jede Gelegenheit, darüber zu reden was ich gesehen und erlebt habe. Weil das amerikanische Volk es nicht weiß. Es gibt Leute innerhalb dieser dominierenden jüdischen Strömung, die mich mundtot machen wollen. Aber das wird nicht geschehen. Sie können mich diffamieren, aber ich werde meinem Engagement für die Palästinenser Ehre machen.

**Silvia Cattori:** Ist es nicht für eine Holocaust-Überlebende noch unbehaglicher, die Brutalität anzuprangern, die von israelischen Besatzern gegen das palästinensische Volk ausgeübt wird?

**Hedy Epstein:** Dank dem Opfergeist meiner Eltern, die mich aus Deutschland ausreisen ließen, war ich nie in einem Lager und daher habe ich nie die schlimmen Erfahrungen der Überlebenden gehabt, aber ich weiß, was es bedeutet, Diskriminierung ausgesetzt zu sein. Ich wusste über die mörderischen Absichten von Hitler zwischen 1933 und 1939 Bescheid. Während dieser Periode, 1939, wurde mein Vater ins Konzentrationslager von Dachau geschickt. Er kam nach vier Wochen zurück, aber es war nicht mehr der Vater, den ich gekannt hatte: er war ein alter, gebrochener Mann.

Weil ich weiß, was es bedeutet, fühle ich mich verpflichtet und habe die Verantwortung, die Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, deren Opfer andere Menschen sind. Es gibt überall in der Welt Probleme und ich

kann nicht alles tun; aber ich habe beschlossen, dass die Misshandlungen der israelischen Regierung am palästinensischen Volk eine schwerwiegende Situation darstellen, gegen die ich protestieren muss und ich werde weiterhin machen, was ich kann.

Die Devisen waren für die Holocaust-Überlebenden immer: „Nie wieder...“ und „Sich daran erinnern“. In Bezug auf das „Sich-Daran-Erinnern“ habe ich es gewiss berücksichtigt. „Sich daran erinnern“ muss aber auch eine Perspektive für die Gegenwart und die Zukunft einbeziehen. Man kann nicht „Sich daran erinnern“ und „Nie wieder...“ begrenzen und erwarten, dass es sich ausschließlich auf Juden bezieht. Als ich mich neben dieser schrecklichen, 25 Fuß hohen Betonmauer befand, die Israel gebaut hat, dachte ich: Mein Gott, diese Mauer, die die Juden gerade bauen, um die Palästinenser dahinter einzuschließen, und die gleichzeitig Gebäude, Häuser und palästinensische Wasserquellen zerstört, sind die Juden, die damals hinter Mauern eingeschlossen wurden. Sie können aber die Hoffnung der Palästinenser nie zerstören, da dieses Volk erstaunlich ausdauernd und mutig ist.

**Silvia Cattori:** Ich stelle mir vor, dass Ihr Leben von diesen schmerzhaften Entdeckungen tief betroffen wurde und dass Sie heute die Notwendigkeit spüren, an den Ort dieses Traumas zurückzukehren.

**Hedy Epstein:** Ja. Ich muss dorthin zurück, um zu testen, was Israel behauptet, dass nämlich Gaza nicht mehr besetzt sei, dass Gaza frei sei. Wenn die israelischen Streitkräfte wirklich nicht mehr in Gaza sind, müsste ich diesen Sommer nach Gaza gehen können. Wenn man mich aber daran hindert, nach Gaza zu gehen, oder wenn ich Schwierigkeiten bekomme, wird dadurch in den Augen der Weltöffentlichkeit die Lüge aufgedeckt werden, die die israelischen Behörden versuchen, uns glaubhaft zu machen. Sie sagen, dass sie sich nicht mehr in Gaza befinden. Wenn sie nicht mehr dort sind, warum sollten sie mich daran hindern, dorthin zu gehen? Es ist eine Art von Test.

**Silvia Cattori:** Glauben Sie, dass die Situation sich nur verschlimmert und sich nichts ändern wird, solange die Solidaritätsbewegung keine verbindlichen Maßnahmen gegen Israel annehmen wird?

**Hedy Epstein:** Man weiß nie, ob das, wofür man sich einsetzt, ein Ergebnis haben wird. Man muss also weiter suchen, nicht aufgeben, versuchen, etwas anderes zu machen. Diese Aktion ist zweifellos original. Sie kann dazu fähig sein, die Weltöffentlichkeit auf die Situation in Gaza aufmerksam zu machen und vielleicht wird sie zum ersten Mal ihre Augen, ihre Ohren und ihren Verstand öffnen, damit sie sieht, was sich wirklich in Gaza ereignet.

**Silvia Cattori:** Die Mehrheit derjenigen, die sich über das, was sich in Palästina ereignet, äußern, werden oft von Pro- Israelis als „Antisemit“ gestempelt. Haben Sie versucht zu erklären, dass es sich um ein falsches Verhalten handelt?

**Hedy Epstein:** Ich glaube, dass es für Christen und für Muslime sehr schwierig ist, aber besonders für Christen, viel schwieriger als für mich, die Jüdin ist. Wenn sie die Politik und die Handlungen der israelischen Regierung anprangern, werden sie automatisch als Antisemit bezeichnet. Es ist lächerlich, mich als Antisemit zu bezeichnen; ich bin Semit, warum sollte ich gegen mich selbst sein? Das gilt ebenfalls für die Araber. Sie SIND Semiten. Aber ich glaube, dass es schwieriger für die Christen ist, viel schwieriger, denn es ist wahr, dass einige Christen Antisemiten waren. Wenn sie also die Handlungsweisen von Israel kritisieren, sind sie in den Augen von einigen Juden automatisch antisemitisch.

**Silvia Cattori:** Was sagen Sie denjenigen, die Sie beschuldigen, „Antisemit“ zu sein?

**Hedy Epstein:** Ich hatte bei den vielen jüdischen Organisationen keinen großen Erfolg; sie wollen mich nicht anhören. Ich habe nicht erreicht, ihnen verständlich zu machen, was Israel in ihrem Namen begehrt. Wenn ich aber von christlichen, von nicht-jüdischen oder von muslimischen Gruppen eingeladen wurde zu sprechen, wurde ich immer mit viel Zuneigung, Höflichkeit und Freundschaft empfangen.

**Silvia Cattori:** Ich habe verstanden, dass Ihr großes Anliegen darin besteht, den Menschen mit jüdischer Konfession und den jüdischen Organisationen, die sich nach Israel ausrichten, bewusst zu machen, dass sie in die verkehrte Richtung gehen, wenn sie die Anerkennung der palästinensischen Leiden und das Recht der Palästinenser auf Würde ablehnen.

**Hedy Epstein:** Wenn sie wirklich, wie sie es sagen, Israel lieben, und wenn sie die Zukunft Israels gewährleisten wollen, müssten sie ihre Augen und ihren Verstand öffnen und sehen, was Israel macht und bis zu welchem Grad es für Israel verhängnisvoll ist, so zu handeln. Wenn die Israelis in Sicherheit leben wollen, müssen sie den Kurs ändern, die Diskriminierungen und die Angriffe gegen das palästinensische Volk einstellen. Dann können die zwei Völker in Frieden und in Harmonie leben. In Wirklichkeit ist das der Wunsch der Mehrheit unter ihnen, aber Israel blockiert mit der Unterstützung der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft und der amerikanischen Regierung immer den Weg. Was sie machen ist ein Fehler; es geht in die entgegengesetzte Richtung von dem, was sie erreichen wollen.

**Silvia Cattori:** Erwarten Sie durch diese Expedition auf dem Meer, an der Sie teilnehmen werden, das Herz der Israelis zu öffnen? Glauben Sie, dass die Mehrheit von ihnen verstehen wird, dass sich etwas ändern muss, dass Brutalität nicht die Lösung ist?

**Hedy Epstein:** Als ich in Palästina war, bin ich israelischen Soldaten begegnet und ich habe jede Gelegenheit ergriffen, um zu versuchen, mit ihnen zu reden. Ich stellte ihnen Fragen über sich selbst, wer sie waren, was sie gerade machten und weswegen sie es machten. Ich habe versucht zu erreichen, dass sie über sich selbst reden und darüber, was sie empfinden würden, wenn das, was sie anderen antun, einem Mitglied ihrer Familie, Großmutter oder Vater passieren würde. Ich sagte ihnen: Was würden Sie empfinden? Und wenn Sie nicht wollen, dass es Ihnen passiert, tun Sie es keinem anderen an.

**Silvia Cattori:** Waren sie gelegentlich bereit, Ihnen zuzuhören?

**Hedy Epstein:** Nur ein Soldat hat mir gesagt: „Ich werde darüber nachdenken“. Ob er es machte oder nicht, werde ich nie erfahren. Aber ich werde Ihnen eine amüsante Erfahrung mit einem israelischen Soldaten erzählen. Mehrere unter uns versuchten, sich an einen bestimmten Ort in Palästina zu begeben. Wir waren eine Gruppe, der ich mich angeschlossen hatte, und machten einen Film. Vor unserem Start, morgens, haben wir unsere Rucksäcke im Reisebus abgelegt. Ich sah einen Fußball im Bus und habe gefragt: „Könnte ich den Ball ausleihen?“ Man hat mir geantwortet: „Ja, aber was wollen Sie damit machen?“ Ich habe erwidert: „Weiß ich nicht“, und sie haben mir gesagt: „Nehmen Sie ihn“. Ich hatte also diesen Ball in den Händen, als wir auf einen provisorischen Checkpoint trafen. Ein provisorischer Checkpoint besteht eigentlich nur aus ein paar Jeeps, die unverhofft mit Soldaten die Straße versperren und niemanden durchlassen. Wir waren alle Amerikaner und der Soldat sagte uns, dass wir durchgehen können, aber nicht der Tontechniker. Er war Palästinenser und obwohl er einen israelischen Personalausweis hatte, durfte er nicht durchgehen. Wir haben angefangen, für ihn zu betteln und uns für ihn einzusetzen. Der Soldat wiederholte aber nur: „Nein, er kann nicht weiter, der Rest von Ihnen kann weiter, aber er nicht.“ Damit befanden wir uns in einer Sackgasse, da wir nicht ohne ihn weitergehen wollten. Nun, daraufhin habe ich dem Soldaten den Ball zugeworfen, der ihn mir zurückwarf. Wir haben uns diesen Ball eine kurze Zeit lang zugeworfen und plötzlich hat der Soldat gesagt: „OK, der Tontechniker kann durchgehen.“ Es war ein glückliches Ende, aber es zeigte uns auch die totale Willkür der Entscheidung.

**Silvia Cattori:** Sind Sie optimistisch, was die Menschheit betrifft?

**Hedy Epstein:** Also, ich kann Ihnen sagen, dass ich einen Ball mit nach Gaza nehmen werde. Keinen Fußball, aber einen kleinen Ball.

**Silvia Cattori:** Sie werden also diesen Sommer auf dem Meer eine Reise mit Ihrem Ball nach Gaza machen. Befürchten Sie nicht, dass die israelische Armee Sie brutal zurückdrängen wird?

**Hedy Epstein:** Nein. Die Israelis haben mir bereits das Schlimmste angetan, als sie mich im Januar 2004, am Flughafen Ben Gurion, „von innen“ untersucht haben. Es war das Schlimmste und sie können mir nichts Schlimmeres antun. Dieses Mal müssen sie 70 Personen durchsuchen.

Deutsche Übersetzung: Monica Hostettler & Anis Hamadeh

## Radikaler Friedensaufruf ist evangeliumsgemäß von Reinhard Höppner

*Kirchentagspräsident Höppner verteidigt seinen Appell*

Frankfurt a.M. (epd). Kirchentagspräsident Reinhard Höppner hat seinen Aufruf zu Friedensgesprächen auch mit Terroristen und den afghanischen Taliban verteidigt. Sein radikaler Appell sei auch eine Antwort auf das Klagen über fehlende Visionen, sagte er dem epd. Höppner fügte hinzu: »Wir können nicht visions- und perspektivlose Zeiten beklagen, wenn wir es nicht wagen, eine Schneise aufzuzeigen.«

Von der Losung des Kirchentages »Lebendig und kräftig und schärfer« sei ihm bei dem Kölner Treffen das Stichwort schärfer zu kurz gekommen, sagte Höppner weiter. Deswegen habe er das Beispiel der radikalen Feindesliebe gewählt. Dieser Aufruf zu Feindesliebe sei evangeliumsgemäß. Dass dies Anstoß erregt habe, wundere ihn nicht. »Das gehört dazu«, so der Kirchentagspräsident.

Aus den Reihen der CDU/CSU war der Kirchentagspräsident wegen seiner Äußerungen kritisiert worden. Zustimmung erhielt Höppner hingegen vom SPD-Vorsitzenden Kurt Beck. Am Ende werde nichts anderes übrig bleiben, als nach Versöhnung und Interessenausgleich zu suchen, sagte Beck in einem epd-Interview. Mit den Kräften, mit denen man reden könne, müsse man zu jeder Zeit den Dialog suchen. »Denn es gibt am Ende nur politische Lösungen«, so Beck. Nach einem Afghanistan-Besuch hatte der SPD-Chef

Anfang April eine neuen Friedenskonferenz unter Teilnahme moderater Taliban angeregt.

Beim Abschlussgottesdienst des evangelischen Kirchentages in Köln hatte Höppner am Sonntag dazu aufgerufen, auch mit Terroristen und den radikalislamischen Taliban zu verhandeln. »Nur wo auch mein Feind einen menschenwürdigen Platz hat, kann Frieden werden«, sagte er. »Auch die Taliban und die Terroristen? Jesus sagt: Liebet eure Feinde. An Schärfe lässt sich das Wort Gottes kaum überbieten. Ja, auch sie gehören an den Verhandlungstisch«, forderte der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt.

Es gebe ein weit verbreitete Haltung, dass man das Böse nur ausrotten müsse, damit die Welt gut werde, argumentierte Höppner. Auch im Umgang mit sogenannten Schurkenstaaten scheine dies in gewisser Weise Leitlinie der Politik zu sein. »Das ist schlicht falsch und unbiblisch«, so der Kirchentagspräsident.

Es funktioniere nicht nach dem Muster, dass die Welt gut werde, wenn man die Bösen mit militärischen Mitteln ausschalte. Längerfristig führe nichts daran vorbei, auch mit seinen Feinden ins Gespräch zu kommen, wenn man Frieden schließen wolle. In Europa sei dafür Nordirland ein Beispiel. Dort habe es Jahrzehnte gedauert, bis die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch kamen, ergänzte Höppner.

## Impressum

Das „FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ ist der Zusammenschluss von rund 60 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

Die Geschäftsadresse lautet: Hans-Georg Dittrich, Siegfriedstraße 27, 69502 Hemsbach, Tel.: 06201-71993, Fax: 01805-06033437025, eMail: Hans-Georg.Dittrich@arcor.de

Leitungskreis: Dietrich Becker-Hinrichs, Hans-Georg Dittrich, Dr. Dirk-M. Harmsen,  
Hartmut Müller, Bettina Ott, Dr. Wilhelm Wille

## Beitrittsformular

Forum FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden  
z.Hd. Hans-Georg Dittrich

Siegfriedstraße 27  
69502 Hemsbach

**Ich trete dem FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden bei:**

Name ..... Vorname .....

Straße, Nr. .... PLZ, Ort .....

Telefon ..... Telefax .....

eMail .....

Geburtstag ..... Beruf .....

Mitglied. der Ev. Lk. Bad.? **Ja**  **Nein**  Bei Nein, Religion? .....

Darf Ihr Name und Ihre Adresse an die anderen Mitglieder weitergegeben werden? **Ja**  **Nein**

Zahlungsweise der Kostenumlage (z.Zt. 15,00 €) durch: **Überweisung**  **Lastschrift**

Konto des FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche Baden:  
Evangelische Kreditgenossenschaft Kassel (BLZ 520 604 10), Kontonummer: 0005920930

Ort, Datum ..... Unterschrift .....

Es erleichtert unserer Arbeit sehr, wenn wir Ihre **Kostenumlage** abbuchen können. Bitte füllen Sie dazu die Einzugsermächtigung aus:

### Einzugsermächtigung mittels Lastschrift

Hiermit ermächtige ich das **FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche Baden**, meinen fälligen **Kostenumlage** einzuziehen.

Konto-Nr. ....

Kreditinstitut ..... Bankleitzahl .....

Kontoinhaber/in ..... Vorname .....

Straße, Nr. .... PLZ, Ort .....

Wenn mein Konto nicht die erforderliche Deckung aufweist, besteht keine Verpflichtung seitens des Kreditinstituts, die Lastschrift einzulösen. Diese Ermächtigung kann ich jederzeit **schriftlich** widerrufen.

Ort, Datum ..... Unterschrift .....